

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 116

SONNTAG, 1. Sept. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Der Diktator ist krank

Kampf gegen Kinder

Das Naziverbrechen von Danzig

Täuschende Geldfülle

Die Schuld des Dr. Schacht

Der gefährlichste Helfer des braunen Systems

Die Rede, die der Dr. Schacht am 18. August in Königsberg gehalten hat, ist die erste öffentliche Ankündigung des Konfliktes, auf dessen Entstehen wir hier seit langem hingewiesen haben. Nur darf man sich über die Natur dieses Konfliktes keiner Täuschung hingeben. Der Mann, der da gegen unregelmäßige Verfolgungen der Juden, Katholiken und Protestanten und gegen den Boykott von Waren- und Kaufhäusern gesprochen hat, ist vielleicht der gefährlichste Helfershelfer des nationalsozialistischen Regimes. Er war es ja, der am meisten zu dem Bündnis zwischen Hugenberg und Hitler beigetragen, der dem Hitler die Unterstützung und Subventionen großer Teile der Industrie und der Banken verschafft hat, und so zum wichtigsten Wegbereiter für die nationalsozialistische Diktatur geworden ist. Er war es, der dann durch die Enteignung der auswärtigen Gläubiger, durch die inflatorische Finanzierung der Staatsausgaben und durch den Zwang seiner Handelspolitik dem Regime die Möglichkeit zu der unerhörten Ausgabenwirtschaft im Dienste der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung geliefert hat. Wenn dieser Mensch heute gegen die irregulären Methoden der Judenverfolgungen, gegen die Pogrome und gewaltsamen Boykottaktionen, wenn er gegen die Katholikenverfolgungen auftritt, so leitet dem Gesinnungslosen, dem alles Menschliche fremd ist, wahrhaftig keine Regung der Humanität oder der Sittlichkeit. Hat er doch in demselben Atemzuge seine Solidarität mit Hitler, dem Freunde und Gesinnungsgenossen Streichers, Ausdruck gegeben und die letzten Ziele der Pogromisten ausdrücklich gebilligt und nur ihre Methoden gerügt. Denn diese Methoden erscheinen ihm schädlich und gefährlich, weil sie den Kredit des Reiches im In- und Auslande völlig zu vernichten drohen, und Schacht, der noch vor kurzem so hochmütig neue Kredite als überflüssig bezeichnet hat, lechzt heute nach Anleihen im Inlande und noch mehr im Auslande.

Politisch ist also Schacht mit den anderen Nationalsozialisten im Wesen einig. Daran ändert auch nichts, daß der Dr. Göbbels die Verbreitung der Rede seines Kollegen, des bis jetzt allmächtigen Wirtschaftsdiktators, im Rundfunk verhindert hat, und daß die deutsche Presse die Stellen über die Schädlichkeit der Juden- und Katholikenverfolgungen nur in äußerster Abschwächung bringen durfte. Der Reichsbank wurde es immerhin gestattet, für die Verbreitung der Rede im Auslande zu sorgen und so zu versuchen, dort neue Illusionen zu erwecken, um für die Pumpversuche Schachts den Boden vorzubereiten. Im Innern aber setzen die Göbbels und Rosenberg, die Himmler und Streicher, ihre frischfröhliche Hatz ungestört fort, bis auf dem Reichsparteitag das neue »Recht« verkündet wird, das die von Schacht beklagte Regelwidrigkeit in die gesetzliche Form bringen wird. Und der erste, der die neue Gesetzgebung als Ausfluß des staatsmännischen Genies seines Führers preisen wird, wird der Dr. Schacht sein!

Darf man also den politischen Konflikt, den die Rede und noch mehr ihre Zensurierung anzuzeigen scheint, nicht überschätzen, so bleibt der wirtschaftliche Konflikt, der durch den Widerstreit zwischen den maßlosen finanziellen Ansprüchen der Diktatur und der Unmöglichkeit, sie auf die Dauer zu be-

friedigen, gegeben ist, in seiner vollen Schärfe bestehen. Nur daß dieser Zustand nicht erst durch die wilden Aktionen des nationalsozialistischen Mobs und seiner Führer entstanden ist, nicht durch die Judenpogrome und die Katholikenverfolgungen, sondern durch die Finanz- und Wirtschaftsmethoden des Dr. Schachts selbst. Und wenn die Göbbels und Rosenberg durch ihre neue Hetzkampagne gegen die Feinde des Regimes die Aufmerksamkeit des Volkes von der immer prekärer werdenden ökonomischen Lage abzulenken suchen, so will Schacht selbst von seiner eigenen Verantwortung ablenken und die irregulären Aktionen verantwortlich machen für das, was die Folge seiner eigenen Politik ist. Denn Schacht, und das allein unterscheidet ihn von seinen Gegnern in der nationalsozialistischen Partei, ist jetzt an dem Punkt angelangt, wo er den Versuch der Umkehr machen muß. Seine bisherigen inflatorischen Methoden lassen sich nicht mehr fortsetzen, denn die Gefahr der offenen Inflation ist in bedenkliche Nähe gerückt. Und so will der Mann, der noch vor kurzem mit solcher Entrüstung und solchem Abscheu von dem »Verbrechen der Deflation« gesprochen hat, jetzt selbst zur Politik der Deflation, der Ausgabenbeschränkung, der Droesung der Arbeitsbeschaffung, der Deckung der Ausgaben durch neue Steuern und Anleihen übergehen.

Muß aber Schacht dem ökonomischen Zwang gehorchen, so verstößt er gegen

die Erfüllung zweier Grundforderungen, auf die das Regime nicht verzichten kann: der künstlichen Einschränkung der Arbeitslosigkeit und der Fortsetzung der Aufrüstung in dem bisherigen schwindelndem Tempo. Der »Völkische Beobachter« hatte vor kurzem in einer Polemik, die sich anscheinend gegen die Auslands- presse, in Wirklichkeit aber gegen Schacht richtete, geschrieben, daß das Bestehen einer Arbeitslosengefahr die größte aller Gefahren sei; selbst wenn es wahr wäre, daß an Stelle des Arbeitslosenproblems jetzt angeblich finanzielle Gefahren beständen, so könnte das das nationalsozialistische Regime nicht schrecken. Da handle es sich nur um liberalistische Vorurteile; »die Fahne ist mehr als ein Bankkonto«. Das führende nationalsozialistische Organ verlangt also die rücksichtslose Fortführung der inflatorischen Finanzierung, wie sie Schacht ja bisher geübt hat. Es verteidigt die Methoden des Schacht von gestern gegen die Befürchtungen des Schacht von heute. Man versteht also die Erregung, mit der sich Schacht gegen den »Völkischen Beobachter« wendet.

Schacht sucht seine Position zu stärken, indem er allmählich und vorsichtig einen Teil der Wahrheit über die deutschen Finanzen in Deutschland selbst durchsickern läßt. Hieß es noch vor kurzem, daß die schwebende Schuld kaum drei Milliarden betrage, wurde dann von fünf Milliarden gesprochen, so kann heute wenigstens in der Fachpresse schon die Zahl von 9½ Milliarden angedeutet wer-

den, die den Schätzungen im Auslande, die sich zwischen 13 und 18 Milliarden bewegen, schon einigermaßen nähert. Schacht selbst bezeichnete die Summen, die für Arbeitsbeschaffung und Wehrhaftmachung schon ausgegeben wurden und noch erforderlich sind, als »unerhört groß« und kündigte an, sie »müssen einmal aus Leistung und Ersparnissen des Volkes fundiert werden«. Er schreckt allerdings davor zurück, die genaue Zahl anzugeben, aber er spricht von »ungeheuren finanz- und wirtschaftspolitischen Anstrengungen«, die bevorstehen. Die Zeiten, wo der Reinhard, der Staatssekretär des Finanzministeriums, von Steuersenkungen sprechen durfte, sind endgültig vorbei. »Harte Besteuerung« und »Reservierung aller Finanzierungsquellen für die staatlichen Sonderzwecke«, das sind die Parolen, die Schacht jetzt ausgeben läßt.

Und er macht den Versuch, Hitler, der von diesen Dingen schon gar nichts versteht und unentschlossen zwischen Schacht und dessen Gegnern schwankt, die Gangbarkeit des Weges zu beweisen. Unmittelbar nach seiner Rede kündigt Schacht die Auflegung einer neuen Reichsanleihe von einer Milliarde an. 500 Millionen müssen von den Sparkassen gezeichnet werden, die andere Hälfte, die in Form von zehnjährigen Reichsschatzanweisungen begeben werden, bleiben zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Es ist der alte Trick, den Schacht schon vor kurzem angewandt hat, als er die

Der Diktator ist krank

Die herrschende Bande zittert

Nach einer amtlichen Meldung hat man Ende Mai Hitler einen Stimmbandpolypen herausgeschnitten. Es waren längst Gerüchte im Umlauf, daß seine Stimme nicht in Ordnung sei, und bei seiner letzten Reichstagsrede konnte man es deutlich hören. Man sprach von Kehlkopfkrebs. Die Göbbelspropaganda hat alle Gerüchte über eine Erkrankung Hitlers hartnäckig dementiert — bis sie jetzt mit dem Eingeständnis hervorkommt. An dieses späte Eingeständnis und seinen Inhalt müssen berechnete Zweifel geknüpft werden.

Warum dieses monatelange Schweigen und Leugnen? Warum hat man nie gewagt, das Verschwinden Hitlers von der politischen Bildfläche mit seiner Halsoperation zu begründen? Angeblich blickt das ganze deutsche Volk mit schwärmerischer Liebe zu seinem geliebten »Führer« auf. Welche Gelegenheit für die Göbbelspropaganda, dem ungläubigen Ausland die hundertprozentige Anhänglichkeit des Volkes an Hitler in einem Ausbruch leidenschaftlicher Teilnahme zu zeigen! Warum hat man es nicht getan, warum hat die Göbbelspropaganda dies Rührstück nicht aufgeführt? Warum?

Es gibt darauf nur eine Antwort: sie haben es aus Furcht nicht getan!

Sie wissen nur zu gut, daß ein stiller Sturm durchs Volk gegangen wäre: der Diktator ist am Ende, der Tag der Befreiung ist nahe! Sie wissen aus ihren Spitzelberichten und aus ihren Erfahrungen, daß das Popularitätsmärchen zerrissen worden wäre.

Sie wissen auch, daß der stille Kampf der Fraktionen des Systems sofort laut losgebrochen sein würde, wenn sie öffentlich die Außergefechtsetzung des Diktators bekanntgegeben hätten. Sie konnten aus dieser Operation kein Rührstück machen; denn vor der Tür des Operationszimmers standen die Diadochen mit gezogenen Waffen, um auf die erste Nachricht von einem ungünstigen Ausgang über einander herzufallen.

Sie haben alle einen Augenblick der zitternden Furcht erlebt. Was geschieht, wenn der Diktator stirbt? Das deutsche System ist so labil, es ist so stark auf Hitler zugeschnitten, daß in diesem Augenblick der jetzt nur noch mühsam am Loebrechen verhinderte Machtkampf beginnen würde — entsprechend dem Charakter der Beteiligten mit den unmenschlichsten Mitteln. Dies System ist weder normalisiert noch dauernd. Es ist künstlich und vergänglich, wie jedes terroristische System. Es ist gebrechlicher als selbst die unsicherste Monarchie, und nachdem die persönliche Anziehungskraft des »Führers« seit langem im Zerbröckeln ist, ist es noch bei Lebzeiten des Diktators um die Stabilisierung des Systems schlecht bestellt!

Vielleicht wird nun die Popularitätskomödie nachgeholt, sei es auf dem Nürnberger Parteitag, sei es mit Hilfe des neubauten Balkons an der Reichskanzlei. Aber, was fruchtet es, wenn eine Kulisse errichtet wird? Schon mehren sich Gerüchte, die wissen wollen, daß der Krieg

der Fraktionen bald offen entbrennen werde. Es wird wieder von der Reichswehr gesprochen, von einem großen Aufräumen, das nach dem Nürnberger Parteitag beginnen werde, und schließlich haben sich diese Gerüchte zu der sehr bestimmten Prophezeiung verdichtet: nach dem Nürnberger Parteitag wird das Militär endgültig mit der SA Schluß machen.

Aber wir warnen nachdrücklich vor dem Glauben, daß durch diese Spannungen und Kämpfe im System das Regime ungefährlich gemacht werde! Eine solche Illusion ist falsch für die inneren deutschen Verhältnisse, sie ist noch falscher für die Wirkung des Systems über die Grenzen hinweg! Die Revanchekriegsillusion hat die Diktatur geboren, und im Augenblick der Gefährdung ihrer Existenz wird sie in dem Revanchekrieg zu flüchten versuchen. Ueberhitzter Nationalismus hat den Mussolini-Faschismus geboren, und die Züchtung dieses Nationalismus endet in dem Attentat auf den Weltfrieden. In der Diktatur wirken nicht nur die gesellschaftlichen Kräfte, sondern auch der Ehrgeiz und die Leidenschaften des Diktators, die unberechenbar sind. Wer kann ermessen, wie stark Mussolini von dem Gedanken getrieben wird, daß sein Alter herannaht? Wer kann ermessen, zu welchen Entschlüssen gefährliche Krankheit einen Diktator treiben kann?

Die Diktatur ist selbst eine gefährliche Krankheit, die nicht nur die betroffenen Völker, sondern die ganze Welt bedroht. Kranke Diktatoren erhöhen die Gefahr!

Die Juden in der Rechtsprechung

Sparkassen zur Zeichnung einer halben Milliarde gezwungen hatte. In seiner Rede hat Schacht ein wahres Wort gesagt: er meinte, das Geheimnis der bisherigen Finanzierungen

beruht lediglich auf der einheitslichen und straffen Zusammenfassung der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik, wie sie nur ein autoritäres Staatgefüge ermöglicht. Mit einem demokratischen Parlament würde die Aufgabe nicht zu lösen sein.

Schacht scheint gar nicht gemerkt zu haben, welches Lob er damit dem demokratischen Parlament ausgestellt hat, das er so als Hindernis für seine Inflationsmethoden anerkennt. Aber richtig ist, daß die bisherigen schrankenlosen Inflationsmethoden auf der uneingeschränkten Verfügung der Diktatur über alle finanziellen Mittel der Volkswirtschaft, das heißt auf ihrer Herrschaft über die Banken und Sparkassen und damit auf der Verfügungsgewalt über alle flüssigen Mittel der Wirtschaft beruht. Aber eben die Art — und das ist von entscheidender Bedeutung —, wie Schacht schon bisher über diese Mittel verfügt hat, macht eine echte Konsolidierung unmöglich. Denn es gibt in der deutschen Wirtschaft kaum mehr sehr erhebliche neue Mittel, die zur Anleihezeichnung zur Verfügung stehen. Bei den Sparkassen wird sich der Vorgang, der sich vor einigen Monaten abgespielt hat, wiederholen. Sie werden die Arbeitsbeschaffungswechsel und Schecks, in denen sie bisher die Sparkasseneinlagen angelegt hatten, in die neuen Anlagestücke umtauschen. Mußte die Reichsbank bei Bedarf die Arbeitsbeschaffungswechsel der Sparkassen jederzeit diskontieren, d. h. mit ihren Noten einlösen, so wird sie in Zukunft unter Umständen die Anleihen lombardieren, d. h. ebenfalls mit ihren Noten einlösen müssen. Ob nominell kurzfristig oder nominell langfristig, ändert im wesentlichen nichts daran, daß für alle diese Schulden jederzeit die Notenpresse zur Verfügung stehen müßte. Und so lange sich in Deutschland genug Einfältige finden, die ihr Geld in die Sparkassen tragen und den Banken als Einlagen anvertrauen, so lange wird es in faule Wechsel oder in solche Anleihen umgewandelt werden.

Derselbe Vorgang wird sich bei den privaten Zeichnungen wiederholen. Die Banken und die Industrie werden die bei ihnen lagernden Reichswchsel jeder Art unter dem auf sie ausgeübten Druck in das neue Papier umtauschen, ohne daß damit volkswirtschaftlich irgend etwas geändert wird. In der nächsten Zeit werden wir also von einem großen Erfolg der Konsolidierung hören, die, selbst wenn sie echt wäre, auch nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutete. Aber Schacht braucht diesen Erfolg, um Hitler wieder einmal seine Tüchtigkeit und Unentbehrlichkeit zu beweisen.

Aber Lügen haben kurze Beine und Schacht wird auf diesem Weg nicht weit kommen. Die »ungeheure Anstrengung« wird dann wirklich gemacht werden müssen. Neue Steuern? Aber wird sich das Regime bei der wachsenden Unzufriedenheit in allen Schichten, bei dem fortschreitenden Sinken des Reallohnes und der zunehmenden Teuerung, bei der Belastung der Industrie mit der Dumping-Abgabe zu solchem Wagnis entschließen? Einschränkung der Ausgaben? Aber damit fordert die Diktatur die Reichswehr in die Schranken und riskiert ein rasches Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Schacht wird nach neuen Kompromissen, nach neuen Auswegen suchen. Er bittet in England um neue Kredite. Aber die Summen, um die es sich handelt, sind so hoch, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß er sie erhalten kann. So steht der Wirtschaftsdiktator vor dem Dilemma, daß die von ihm vorgeschlagene Deflation politisch für das System unerträglich ist, während die Fortsetzung der Inflation das Fundament zu zertrümmern droht, auf dem es ruht. Erst die weitere Entfaltung dieses ökonomischen Widerstreites wird den politischen Konflikt, der in der Schachtrede im Keim enthalten ist, zum Ausbruch bringen.

Dr. Richard Kern.

Blutiges Deutsch

In der Erziehungszeitschrift »Die Deutsche Schule« findet sich folgender Satz, den ein Lehrer ausgeheckt und zu Papier gebracht hat: »Das gemeinsame Blut, das die Volksgenossen umschließt, ist ein Naturgesetz, dem wir zu folgen haben.«

Wer dem Blut erstens folgt und zweitens von ihm umschlossen ist, soll nicht mit Phrasen werfen, sonst erstickt er dran.

Die neue antisemitische Pogromwelle, die bekanntlich das Werk von »Provokateuren« ist, beginnt sich auch in der Justiz auszuwirken. Hatte diese sich bisher im Rahmen der Gesetze gehalten, so paßt sie sich jetzt dem nationalsozialistischen Rechtssatz: Recht ist, was dem deutschen Volke (lies der NSDAP) nützlich ist, an. Alle Grundsätze einer vernünftigen Rechtsauslegung werden über den Haufen geworfen. Die Methode ist ganz einfach und läßt sich am besten an dem Beschluß des Amtsgerichtes Wetzlar aufzeigen, welches einem Standesbeamten das Recht zusprach, die Eheschließung zwischen einem Juden und einer Arierin abzulehnen. Das Gericht erklärte:

»Der Einwand, daß solche Mischehen gesetzlich bisher noch nicht verboten seien, schlägt nicht durch. Dieser Einwand entspringt typisch jüdisch-liberalistischem Moral- und Rechtsdenken. Letzteres hatte mit dem Grundsatz: »Was nicht verboten ist, ist erlaubt«, deutsches Recht und deutsche Sitte bereits fast völlig instinktiv und wurzellos gemacht.«

Diese Ausführungen enthalten einen der nazistischen Propaganda eigenen Dreh. Selbstverständlichkeiten werden lächerlich gemacht, indem man sie durch eine unpassende Redewendung karikiert. Niemals galt im Recht uneingeschränkt der Grundsatz, daß erlaubt sei, was nicht verboten ist. Hingegen entspricht es der Gesetzestechnik in vielen Fällen, die Verbote erschöpfend aufzuzählen, um dadurch kundzutun, daß nur diese Verbote gelten sollen und daß deshalb im übrigen alles erlaubt sei. So enthalten die §§ 1303—1315 BGB. die Eheschließungshindernisse mit dem selbstverständlichen Zweck, daß außer diesen Verböten keine anderen gesetzlichen Hindernisse vorhanden sind.

Der schneidige Wetzlarer Amtsrichter hat Schule gemacht. In allen Teilen des Reiches ist seine Lehre aufgegriffen worden, allerdings haben die Landgerichte in der Be-

schwerinstanz derartige Entscheidungen meist aufgehoben. Von Rechts wegen könnte also heute der Nichtarier wieder eine Arierin — oder umgekehrt — heiraten. — daß er durch das Konzentrationslager praktisch hieran gehindert wird, gehört nicht mehr hierher.

Mit der gleichen Methode wird aber auch in anderen Fällen vorgegangen, um die Rechte der Juden zu verkürzen. Bisher unterlag ein Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht fast immer, wenn er einen jüdischen Arbeitnehmer aus Rassegründen gekündigt hatte. Die Arbeitsrichter stellten sich auf den Standpunkt, daß eine Ausnahmebehandlung von Juden nur in den Fällen möglich sei, in denen das Gesetz ausdrücklich den Nichtariern ihre Rechte genommen hat (Beamte, Rechtsanwälte, Aerzte usw.). Hier ist eine neue Rechtsprechung erst im Werden. Ein Arbeitsgericht hat die Kündigung eines arischen Arbeiters für unzulässig erklärt, weil in dem gleichen Betriebe noch Nichtarier beschäftigt seien. Damit ist angedeutet worden, daß die Kündigung von Nichtariern zulässig sei, und es wird nicht mehr lange dauern, bis die Gerichte jedem Unternehmer uneingeschränkt das Recht geben, seine jüdischen Arbeiter auf die Straße zu setzen. In diesem Zusammenhang ist ein Aufsatz eines Dr. Schmitz im »Völkischen Beobachter« von Interesse, der diese Ansicht klar ausspricht. Schmitz geht sogar noch weiter und führt aus, daß auch jüdische Frontkämpfer keinen Schutz genießen können. Denn die Vorzugsrechte der jüdischen Frontkämpfer seien in den sogenannten Ariergesetzen erschöpfend geregelt. Der jüdische Anwalt sei geschützt, der jüdische Arbeiter nicht, weil es für ihn keine ausdrückliche Gesetzesbestimmung gebe. Auch hier wird eine Selbstverständlichkeit umgedreht, Ausnahmegesetze werden zu Privilegien umgedeutet.

Auch bezüglich der wirtschaftlichen Betätigung der Juden wird die Rechtsprechung aggressiver. Bekannt ist der Fall des Kaufmanns Simonstein in Schneidemühl. Hier hat das Oberlandesgericht in Marienwerder erklärt, daß die »Behauptung, einen Einkauf bei einem Juden gemacht zu haben, für jeden Volksgenossen eine schwere Ehrverletzung sei. Die öffentliche Meinung vertrete die Auffassung vom sittlichen Unwert des Einkaufs bei einem Juden«. Im gleichen Sinne urteilt das Oberlandesgericht in Naumburg, daß ein Schuldner von seiner Vertragsverpflichtung befreit sei, wenn diese darin bestünde, »Teile des Volkvermögens ohne zwingenden Grund in die Hände eines nichtarischen Ausländers zu bringen«.

Diese Entwicklung der Rechtsprechung kann von den verantwortlichen politischen Leitern nicht abgelehnt werden. Sie ermuntern die Gerichte, in dieser Rechtsprechung fortzufahren, indem sie jedes antisemitische Urteil in der amtlichen Zeitschrift »Deutsche Justiz« veröffentlichen. Aber auch der Herr Reichsjustizminister persönlich will dem Amtsrichter in Wetzlar nicht nachsehen. Er hat eine Entscheidung bestätigt, durch die ein jüdisches Vorstandsmitglied einer Stiftung in Frankfurt a. M. seines Amtes entoben wurde. Eine solche Tätigkeit der Richter und des Ministers war nach bisherigem Recht völlig unzulässig. Entscheidend ist aber, daß der höchste Justizbeamte für sein Vorgehen keinen weiteren Grund angeben kann, als daß »Juden auf den Gebieten, die vom nationalsozialistischen Gedanken besonders stark erfaßt seien, nicht mitzuwirken hätten«.

Damit ist jeder Rechtsverweigerung Tür und Tor geöffnet. Der Nationalsozialismus hat mit seinen »Gedanken« das gesamte öffentliche und private Volksleben »erfaßt«. Die Justiz sieht also ihre Aufgabe darin, die Judenfrage zu liquidieren.

Braune Bonzen

Einige Stichproben aus Mannheim

Man schreibt uns aus Mannheim:

Es ist heute üblich, daß jeder prominente Pg. einen schönen Mercedeswagen fährt. Dies würden die Leute aber noch hinnehmen. Doch die hohen Gehälter, die sich die »Alten Kämpfer« bezahlen lassen, erregen die Bevölkerung doch so langsam.

Einige Tatsachen:
Der einstige Betriebsleiter vom Städtischen Fuhrpark, Ludwig Hofmann, wurde beim »Umbruch« stellvertretender Bürgermeister. Im Fuhrpark war er in Gruppe 9, was etwa einem Gehalt von 500 RM entsprach. Heute bezieht der Pg. Hofmann ein Jahresgehalt von 16.000 RM und noch ein Wohnungsgeld von 4.000 RM.

Der einstige Schlosser beim Städtischen Gaswerk, Daniel Störz, hatte vor seiner Berufung zum Beigeordneten der Stadt Mannheim, einen Wochenlohn von durchschnittlich 40 RM. Heute wird Pg. Störz nach Gruppe 12 bezahlt, was ihm ein Monatsgehalt von 945 RM einbringt und dazu noch ein Wohnungsgeld von 1000 RM jährlich.

Der frühere Kolonialwarenhändler und mehrmals bankrott gegangene Hans Runkel ist heute Direktor beim städtischen Fuhrpark. Er wird in Gruppe 13 bezahlt mit einem Monatsgehalt von 1080 RM, dazu noch ein Wohnungsgeld von 1800 RM.

Der einstige Techniker (kein Ingenieur) Hörli beim Städtischen Maschinenamt wurde zum Amtmann dortselbst in Anbetracht seiner »Verdienste« befördert. Früheres Gehalt Gruppe 6 gleich 245 RM, heutiges Gehalt Gruppe 10 gleich 575 RM.

Für den »verdienten« Pg. Wollschläger, einstmal Heizer im Städtischen Krankenhaus, hat man die Betriebsleiterstelle im Städtischen Herschelbad freigemacht, indem man den erfahrenen und langjährigen Betriebsleiter frühzeitig zur Ruhe setzte. Als Heizer hatte er früher wöchentlich 38 RM, heute in Gruppe 10 gleich 575 RM und dazu noch Dienstwohnung mit freiem Licht und Heizung.

Für den entlassenen stellvertretenden Bademeister im Städtischen Herschelbad hat man einen »alten Kämpfer« hingesetzt, ohne die geringsten Fachkenntnisse, und setzte ihn gleich nach Gruppe 6 mit 245 RM. Früher wurde der Posten mit einem Wochenlohn von 38 RM bezahlt.

Der Hauptkassierer der Mannheimer NS-Volkswohlfahrt, Emil Schmitt, hatte am 17. Juli einmal das Bedürfnis, sich einen ver-

gnügten Abend zu machen. Bei Frauen, Wein und Sekt. Im Weinhaus Astoria in Mannheim machte er eine Zeche von 220 Mark. 90 Mark zahlte er sogleich in bar und für den Rest von 130 Mark stellte er zwei Wechsel aus, in der Höhe von je 65 Mark. Der erste dieser Wechsel war am 27. Juli fällig. Am Tage vor dem Fälligkeitstermin gab der Wirt den ersten Wechsel seinem Bierlieferanten in Zahlung. Als der Bierverleger im Hause der Kreisleitung den Wechsel präsentierte, zeigte sich der Herr Schmitt empört und zahlte nicht. Erst als am nächsten Tage der Gerichtsvollzieher den Wechsel präsentierte, zahlte der Herr Kassierer.

Der 25 Jahre alte Eugen Werner aus Lobfeld wurde im Jahre 1933 bei der Gemeinde Bammental, Amt Heidelberg, als Gemeindevorsteher eingestellt. Das Mannheimer Naziorgan teil nun in seiner Nummer 340 vom 28. Juli mit, daß besagter Herr Eugen Werner in der Gemeindekasse in Bammental 13.000 Mark unterschlagen hat. Eine ganz nette Summe im Zeitraum von noch nicht ganz zwei Jahren. Das Naziorgan versucht es deshalb auch in Entrüstung, nur vergißt es aber hervorzuheben, daß dieser Herr Werner der gleiche Herr Werner ist, der Sturmführer bei der SA in Bammental ist, Umgebung ist. Alter Kämpfer und Träger des goldenen Parteiabzeichens.

An der Villa des Gauleiters Bürkel war zu lesen in großen roten Lettern: »Wir haben keine Bonzen mehr, wo hast du Villa und Auto her?«

System!

Die deutsche Presse meldet:
Der Führer und Reichskanzler hat den wegen Mordes an der unverheirateten Frida Schilling vom Schwurgericht in Ellwangen zum Tode verurteilten Wilhelm Keim aus Herrentierbach, Kreis Gerabronn, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Das ist innerhalb weniger Monate der vierte Frauenmörder, dem der Führer seine Gnade zuteil werden läßt. Von anderen Gnadenakten hört man nichts.

SA und Wehrpflicht

So sehr die Nazis die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bejubelt haben, sie hat dennoch eine Seite, die für sie recht gefährlich ist. Waren die Ziele der verschiedenen militärischen Gruppen dabei auch sehr ver-

schiedene (Blomberg hat sicher andere Absichten als etwa die Gruppe um die »Novembergeneräle, wie die Nazis verächtlich die Groener, Hammerstein, Heye, Seeckt usw. nennen), in einem waren sie doch einig: in der Zurückdrängung der NSDAP und ihrer Gliederungen. Wie einschneidend die Wehrpflicht nun auf die Nazi-Organisationen wirkte, geht aus verschiedenen Klagen hervor. Obergerichtsführer der Hitlerjugend für Berlin, Amann, wies kürzlich darauf hin, daß durch die Einziehung der jüngeren Jahrgänge zum Heeres- oder zum Arbeitsdienst das ganze Gefüge dieser Bewegung ins Wanken geraten ist, vor allem sei die erstrebte Stabilität der Führerschaft vor die Hunde gegangen. Bemerkenswert ist auch die Rede des Gruppenführers Kob in Magdeburg, über die die »F. Z.« folgendermaßen berichtet:

»Wer SA-Mann sei, wisse aus eigener Erfahrung, wie jetzt die Dunkelmänner sich an die SA-Männer heranmachen und ihnen ins Ohr flüstern: Warum seid ihr denn noch in der SA, wir haben doch die allgemeine Wehrpflicht, in der jeder dem deutschen Volke dient, was braucht ihr noch spät am Abend Euren Dienst zu tun? Alle, die das sagten, seien entweder lächerliche Schwätzer, die man auslachen müsse, die vom Nationalsozialismus nichts verstanden, oder es seien Böswillige, die hinter Schloß und Riegel gehörten.

Gruppenführer Kob sprach weiter von den ungeheuren Aufgaben, die auch heute noch den Kämpfern Adolf Hitlers gestellt seien. Die Ziele der SA seien die gleichen wie in der Kampfzeit. Diese Ziele seien aber vergessen worden, und auf sie müsse man sich wieder zurückfinden.«

Kein Wunder, daß die Gerüchte von einer bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen den Militärs und der SA nicht aufhören!

Gegen die Mordurteile

Ein Teil der ausländischen Delegierten zum elften Internationalen Strafrechtungskongreß in Berlin hat beim Justizminister Gürtner eine Audienz beantragt.

Die Delegierten hatten mit Bestürzung erfahren, daß zwei Todesurteile gegen Antifaschisten (Kayser und Claus) verhängt wurden, deren Delikt nach der Urteilsbegründung selbst in nichts andern bestand, als in antifaschistischer Gewinnung. Die außerdeutschen Juristen, die eine derartige Rechtsprechung für unvereinbar halten mit den international anerkannten Justizprinzipien, haben eine Petition aufgesetzt, in der sie dringend die Begnadigung von Kayser und Claus fordern.

Das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) verbreitete am 3. August die folgende Mitteilung an die Schriftleitungen:

„Die heute ausgegebene Mitteilung aus Münster betreffend Wählbarkeit des politischen Katholizismus ist von allen Zeitungen in größter Aufmachung auf der ersten Seite aufzumachen. Es sollen ähnliche Fälle, wie zum Beispiel in Recklinghausen (brennender Altar) vom 9. Juli und Bocholt (Heiligenbilder) vom 23. Juli mit als Material herangezogen werden. Die Kommentierung soll ganz scharf abwehrend und vorstoßend sein. Schlagworte wie „Deutsches Volk horch auf!“ oder „Gewissenlose Hetzer am Werk!“ oder „Wühlmäuse sind an der Arbeit“ können angebracht werden. Die deutsche Presse muß schlagfertig morgen das Thema scharf kommentierend aufgenommen haben.“

Neuer Verein

Ehemalige nationalsozialistische Manifestanten

Aus Deutschland verlautet, daß dort ein Verein ehemaliger nationalsozialistischer Manifestanten entstanden ist. Bedingung der Aufnahme ist der Nachweis der Leistung des Offenbarungseides in der Zeit der Schmach und einer so glänzenden seit dem Herrschaftsantritt Hitlers erfolgten Besserung der Vermögensverhältnisse des Bewerbers, daß sich die Sozialpolitik des Dritten Reiches in ihrer ganzen Größe zeigt. Durch die in der Existenz des Vereins enthaltene ständige Erinnerung daran, wie hervorragend für die Organisierten gesorgt worden ist, hofft man die, die noch nicht daran gekommen sind, bei guter Laune zu erhalten. Sie sollen sich der angenehmen Erwartung hingeben, daß das Glück einst auch an ihre Tür klopfen werde, was bestimmt am St. Nimmerleinstage geschehen wird.

Da die einzige Verpflichtung, die weitaus die meisten nationalsozialistischen Führer dem zweiten Reiche gegenüber erfüllt haben, diejenige zur Leistung des Offenbarungseides gewesen ist und da an der Großzügigkeit des Dritten Reiches in einem gewissen Umkreise nicht gezweifelt werden kann, erscheint die Lebensfähigkeit des neuen Vereines gesichert. Göring, Rosenberg, Graf Helldorf, Joseph Wagner, jetzt Oberpräsident der Provinz Schlesien, Pfaferott, Chefredakteur der »Roten Erde«, Winckelkemper, Kurator der Universität Köln, Dr. Lippert, der Hitler der Stadt Berlin, und viele andere haben sich zur Aufnahme gemeldet.

Gegen Göring wurde von einer Seite Einspruch erhoben. Zwar steht einwandfrei fest, daß der jetzige Schloßbesitzer vor wenigen Jahren den Offenbarungseid geleistet hat. Der Widersacher machte aber geltend, die Vermögensverhältnisse Görings könnten sich noch nicht genügend gebessert haben, um sie zur Reklame geeignet erscheinen zu lassen, da es sonst von ihm höchst unanständig gewesen wäre, die 30.000 Mark, die sein Hochzeitsdiner gekostet habe, vom Norddeutschen Lloyd geschenkt zu nehmen. Göring erwiderte, er habe diese Spende nicht zurückgewiesen, weil er Sozialist sei. Als solcher halte er sich für verpflichtet, den Kapitalismus zu schädigen, wo und wie er nur könne. Er wünsche nur, ohne seiner Emmy Schlichtes gönnen zu wollen, öfters die Gelegenheit zu so gründlichen Schröpfungen zu haben. Die Vortrefflichkeit seiner Lage werde wohl am besten dadurch erwiesen, daß er imstande gewesen sei, seiner Braut nicht nur einen Schmuck zum Preise von 40.000 Mark zu schenken, sondern ihn auch zu bezahlen, was eigentlich gegen die Natur seiner Art sei. Darauf wurde die Aufnahmefähigkeit aller Anwärter anerkannt.

Auch der Reichstatthalter im Hamburg, Kaufmann, hat seine Mitgliedschaft angemeldet. Indessen bedarf sein Gesuch einer näheren Prüfung. Zwar hat er nachgewiesen, daß in der Zeit der Republik alle Versuche seiner Gläubiger, von ihm im Wege der Zwangsvollstreckung ihr Geld zu erlangen, fruchtlos gewesen sind. Aber er hat den Offenbarungseid nicht geleistet, sondern Haftbefehl zu seiner Erzwingung ergehen lassen in der auch nicht getäuschten Erwartung, daß die Parlamente, denen er angehörte, ihre Zustimmung zur Antastung der Freiheit des kostbaren Mitgliedes nicht erteilen würden. Ein Ausschuß von Juristen unter dem Vorsitz des Professors Dr. Carl Schmitt ist mit der Prüfung der Frage betraut worden, ob Kaufmann auf den Ehrentitel eines Manifestanten des zweiten Reiches Anspruch erheben kann!

Positive Christen

Schachts Predigt gegen den Mordantisemitismus ist von seinem Reichsministerkollegen nicht nur zensuriert worden: Göbbels läßt trotz Schacht, die sonst beschäftigungslose SA weiter gegen die Juden toben. In der nationalsozialistischen Presse sehen die Kriegs- und Siegesberichte, die im braunen Ehrenkleid des Führers erfochten werden, etwa so aus:

»In der neunten Abendstunde kam es im Ortsteil Wiesbaden-Schierstein zu großen Ansammlungen vor den Wohnungen von neun jüdischen Familien. Die neun Familien wurden in Schutzhaft genommen. Unter ihnen befinden sich ein Viehhändler und sein Sohn, der Religionslehrer, einige Metzger, Häute- und Getreidehändler.«

Augenzeugen aber berichten so: In den rheinischen Orten Freudenberg und Kirf drangen nachts SA-Leute, die sich Masken vors Gesicht gebunden hatten, in die Wohnungen von etwa 20 jüdischen Familien ein. Es wurde alles zertrümmert. Die SA arbeitete gründlich mit Beßen. Soweit die Juden nicht durch Hintertüren flüchten konnten, wurden sie schwer mißhandelt. Alle jüdischen Familien haben die beiden Orte verlassen. Die Juden sind meistens länger dort ansässig, als viele Bauern, die übrigens empört sind über die ortsfremden SA-Banden.

Auch in Wittlich an der Mosel ist es zu schweren Ausschreitungen gegen die Juden gekommen. Ein Teil der jüdischen Familien ist geflüchtet, andre wagen nicht mehr zu Hause zu schlafen. Nur aus einzelnen Orten dringen die Meldungen über die Schändlichkeiten in den weiteren Umkreis. Die Juden, die nach den Göbbelsfügen »provokieren«, sind so eingeschüchtert, daß sie nirgendwohin zu berichten wagen.

Wo bleiben die Proteste der großen christlichen Gemeinschaften? Einzelne, sehr vereinzelte christliche Männer und Frauen haben ihren Abscheu bekundet. Die Landes- und Weltkirchen schweigen, wo sie im Namen ihres Gründers und Heilands aus jüdischem Blute mit dem ganzen Ethos seiner alle Rassen umspannenden Menschenliebe anklagen sollten.

Die Religion versagt, aber das Geschäftsinteresse tritt mit Erfolg auf den Plan. Auch in Köln hat des deutschen Führers SA Schandinschriften gegen die Juden angebracht. Das hatte den nicht bedachten Erfolg, daß zahlreiche ausländische Besucher empört die Stadt verließen. Arische Geschäftsleute verlangten infolgedessen von der nationalsozialistischen Stadtverwaltung, daß die antisemitischen Schmierereien entfernt würden. Der Oberbürgermeister, einst Prokurist des Bankjuden Louis Hagen und in dieser Stellung keineswegs antisemitisch, gehorchte sofort.

Kampf gegen Kinder

In Diez an der Lahn gab es ein jüdisches Erziehungsheim, in dem vor allem Waisenkinder und Halbwaisen untergebracht waren. Vor diesem Heim sammelten sich vor kurzem braune Herden an, brüllten antisemitische Verse zu den Fenstern hinauf, ließen blutrünstige Sprechchöre hören und stießen Drohungen aus. Die Polizei schloß das Heim und transportierte die zu Tode erschreckten Kinder — es waren etwa fünfzig — zu ihrem eigenen Schutze nach auswärts.

Streicher's raube Recken werden sicher auf ihre heroische Tat stolz sein. Der Kampf gegen Schwache und Wehrlose — im Dritten Reiche heißt man ihn »heldische — war ja von jeher ihre Spezialität. Warum sollten sie vor Kindern halt machen? Der jüdische Prediger Abraham, der selbst sechs Monate im Konzentrationslager war, schildert in seiner Broschüre u. a., wie ein Trupp jüdischer Kinder dort behandelt wurde. Es handelte sich — genau wie in Diez — um Insassen eines Heimes, die man zu ihrem eigenen Schutze in Haft genommen hatte. Fünfzehn- und Sechzehnjährige wurden in furchtbarster Weise mißhandelt, gequält, wurden unflätig beschimpft und an die Grenze des Selbstmords getrieben. Wir wissen nicht, wo sich die Diezer Kinder jetzt aufhalten, wissen nicht, ob es ihnen nicht ebenso ergeht.

In dem deutschen Seebad Misdroy, wo in diesem Sommer ein jüdisches Kinderheim in gleicher Weise attackiert und aufgelöst wurde, packte die Kurgäste — durchwegs Arier — ein Grauen. Sie beantworteten die ihnen zugedachte heldische Ovation, indem sie scharfweise das Bad verließen. Die Welt aber schweigt auch zu dieser Kulturschande, schweigt zu den Kindermißhandlungen im Dritten Reiche, schweigt zu der barbarischen Zerstörung und Verwundung jungen Lebens.

Die Stadtverwaltung ließ die Straßen von dem gelagerten Unrat säubern. Kölns Geschäftswelt erwies sich stärker als der Nazi-Oberbürgermeister und der SA-Polizeipräsident.

Hitlerdeutsches Recht

Wir warten immer noch auf einen der großen Korruptionsprozesse gegen Marxisten. Auch nur auf einen der marxistischen Skandale, die im Frühjahr 1933 zu Tausenden angekündigt wurden. Wie sauber und ehrenhaft muß die millionenköpfige sozialistische Arbeiterbewegung gewesen sein, wenn ihre Todfeinde keinerlei Unterschleife oder auch nur Vergeudung feststellen konnten: in hundertausen Kassen von Gewerkschaften, Partei, Genossenschaften, Bauhilfen, Zeitungsunternehmungen, Buchhandlungen, Druckereien, Versicherungen, Sport- und Kulturorganisationen und schließlich in den vielen Zweigen des Staats- und Gemeinlebens, in denen Sozialdemokraten tätig waren. Und alle Bücher und Belege sind in der Hand des eben so gehässigen wie verleumderischen Feindes! Welch ein Ehrenzeugnis für die Sozialdemokratie!

Wo man glaubte, durch die Anklage nicht-sozialistischer Beamten der »Systempartei« mehr Glück zu haben, zeigt sich nach Jahr und Tag meistens auch, daß die Anklage auf Fälschungen und Erpressungen beruht. Nach jahrelanger Folterung durch Haft, Untersuchung, öffentliche Anprangerung und zerstückelnde Prozesse stellt sich die Unschuld heraus. So jetzt bei dem Bürgermeister Dr. Luthmer in Kehl. Wie der nationalsozialistische »Führer« in Karlsruhe zu berichten gezwungen ist, kam die Große Strafkammer von Offenburg nach mehr als zwei Jahren zum Freispruch des Angeklagten. Die Behauptung, daß der Bürgermeister, den man im März 1933 sofort absetzte, städtisches Geld zu seinem Vorteil verwendet habe, erwies sich als falsch. Nicht nur das, der »Führer« berichtet kleinlaut, »daß die Aussagen der Zeugen in der Voruntersuchung unter einem Druck von gewisser Seite gemacht worden seien.«

Mit anderen Worten: Wieder einmal reinweise nationalsozialistische Meinende! Von einem Verfahren gegen diese Verbrecher jedoch hört man nichts. Nie ist einer von ihnen bestraft worden, nie wird einen die gerichtliche Strafe erteilt, solange ihr Onaf Adolf Hitler regiert und die deutsche Justiz zum Parteidienst kommandiert.

Schuftige Meinende von Nationalsozialisten haben ungezählte deutsche Volksgenossen hinter Kerkermauern, ja aufs Schafott gebracht. Die künftige Nachprüfung der Prozesse wird es erweisen.

Bürgerkriegsmanöver

In manchen deutschen Städten gibt das Göringsche Feldjägerkorps der stauenden Bevölkerung sonderbare Schauspiele. Es wird Kommunistaufstand und dessen Niederschlagen durch die Schneid der Feldjäger geübt. Richtige Kommunisten werden nicht hinzugezogen. Manchmal teilt sich das Feldjägerkorps in zwei Parteien, und eine davon stellt dann kommunistische Dachschützen. Ab und zu wird aber auch SA herangeholt, um aus den Fenstern und von den Dächern den bösen moskowitzischen Feind zu markieren.

Das Geplänkel geht dann hin und her. Da und dort stürzt ein Feldjäger, von den Dummeschoßen der Kommunisten mausestot bis zum Ende der Uebung. Nun wird das Draufgängerturn der Feldjäger zum höchsten Eifer angestachelt. Die Häuser werden gestürmt und von den feigen Untermenschen gesäubert. Ist SA beteiligt, so betreiben die Feldjäger das Spiel mit einem an den Kriegsfall streifenden Ernst. Man sieht, wie die SA zu fliehen versucht, in den Hausfluren aber oder auf der Straße von kräftigen Feldjägerfüßen gepackt und gehörig abgerieben wird. Erschießen auf der Flucht scheint nicht geübt zu werden, da es wohl auch ohne vorherige Uebung zu klappen pflegt.

»Der Führer weiß es nicht, der Führer will es nicht«

Immer noch gibt es im Reiche und im Auslande Menschen, die sich und anderen einreden möchten, der Partei- und Staatsführer ahne nichts von den Bestialitäten, die in seinem Namen verübt werden.

Wir berichten über einen ganz besonderen Fall, über den wir zuverlässig aus dem Reiche unterrichtet sind. Noch immer sind die pazifistischen Vorkämpfer Ossietzki, Rechtsanwalt Litten und andere eingesperrt. Ihre Kerkerwärter pflegen gelegentlich zu sagen: »Die kommen nie mehr frei, sonst gehen sie ins Ausland und schreiben auch solche Bücher wie Langhoff »Die Moorsoldaten«. Nun hat aber Litten besondere Fürsprecher. Sein Vater hat als Lehrer im Hohenzollernhause unterrichtet. Es gelang seiner Mutter, den Exkronprinzen zu bewegen, den Fall Litten dem Reichskanzler und Führer persönlich vorzutragen. Friedrich Wilhelm kam aber mit seinem mündlichen Gesuch, das um Freilassung Littens bitten wollte, gar nicht bis zum Schluß. Hitler fuhr auf und brüllte los: »Wer mir den Namen Litten zu nennen wagt, gehört selber ins Konzentrationslager...«

Litten bleibt hinter Stacheldraht. Immerhin ist der Exkronprinz noch nicht in einem Lager gelandet.

Hannes Wink.

Gestapomethoden in Afrika

Ein lehrreicher Prozeß.

Der deutsche Imperialist Rohrbach hat in einem kürzlich erschienenen Buch die Methoden deutscher Kolonialpolitik den englischen Methoden gegenübergestellt. Er hat den Engländern vorgeworfen, daß sie den afrikanischen Negern Rechtsgleichheit zugestehen und sie damit verderben. Mit diesem Programm der Härte und Unterdrückung will Rohrbach den Beruf Deutschlands zur Kolonialpolitik begründen.

Die »deutsche Methode« ist vor kurzem vor dem Distrikts-Gericht in Moshi (Tanganika) gerichtlich beleuchtet worden. Der deutsche Siedler Baron Wulff von Bultzingsloewen von der Asenburg-Farm in Ngare Naidrobi war wegen Viehlicher Mißhandlung seines Kochs angeklagt. Der adlige Zeitgenosse, der seine echt arisch-völkische Nazigewinnung im Namen seiner Farm verewigt hat, hatte den Koch im Verdacht, einen Revolver gestohlen zu haben. Um ein Geständnis zu erpressen, spernte er den Koch in ein Zimmer und mißhandelte ihn von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr, wobei ihm ein anderer Schwarzer helfen mußte. Der Medizinalbeamte der Regierung sagte im Prozeß aus, daß er am Körper des Geschlagenen vom Kopf bis zum Fuß nicht eine einzige Stelle habe finden können, die nicht Zeichen der Mißhandlung getragen habe. In seiner ganzen Praxis habe er noch niemals so unmenschliche Mißhandlungen an einem Eingeborenen gesehen. Das Gericht verurteilte den völkischen Baron zu 9 Monaten hartem Gefängnis und zu 200 Schilling Buße.

Dieser Kulturträger des Dritten Reiches hat die Methoden der Gestapo auf einen Neger angewandt. Er ist dafür verurteilt worden, und das Gericht hat ihm in harten Worten das Verwerfliche und Niedrige

seiner Handlungsweise vor Augen geführt. In Deutschland werden Deutsche aller Klassen und Stände von der Gestapo noch viehlicheren Mißhandlungen unterworfen — aber kein Gericht darf es wagen, einzugreifen; denn diese viehische Methode der Mißhandlung gehört zum deutschen Regierungssystem, das von anderen kultivierten Regierungen immer noch als ihres gleichen angesehen wird!

Gehaltsabbau

Für unzufriedene Staatsbeamte das Konzentrationslager.

Unter den Beamten wird zur Zeit die in Bearbeitung befindliche neue Besoldungsordnung lebhaft besprochen. Die neue Regelung wird für die unteren und mittleren Beamten einen fühlbaren Gehaltsabbau bringen. Die Stimmung bei den Beamten ist sehr gedrückt. Dies umso mehr, da auch die allgemeinen Dienstverhältnisse immer schlechter werden.

In Offenburg machte ein alter Lokomotivführer aus seinem Herzen keine Mördergrube und schimpfte über die heutigen unerhörten Zustände in der dortigen Eisenbahner-Kantine. Natürlich fehlten schuftige Angeber nicht. Der Lokomotivführer wurde gemeldet und von seinen fünf Kindern hinweg verhaftet und in das Lager nach Kislau verbracht.

Der muntere Stempelbruder

»Was uns in Deutschland auffiel, war besonders die helle Zufriedenheit, die den Leuten aus den Augen sprach. Noch nie haben wir so muntere Erwerbelose gesehen wie in Deutschland.«

Je gekürzter die Unterstützung, desto toller die Munterkeit! (Aus dem angeblichen Brief eines Ausländers an eine süddeutsche Nazizeitung.)

Das Naziverbrechen von Danzig

Parole „Zurück zum Reich“ — abgesagt

Am Montag, dem 26. August, ist der Danziger Volkstag wieder eröffnet worden. Die in verfälschten Wahlen zusammengeschobene Nazimehrheit hat den Antrag der Opposition auf Neuwahlen abgelehnt. Dafür hat der Senatspräsident Greiser eine verlogene Rede gehalten, in der er die wahre Lage Danzigs und die Ergebnisse der Nazipolitik zu vertuschen suchte. Damit das Bild vollständig wurde, haben die Nationalsozialisten eine Prügelszene aufgeführt und einen sozialdemokratischen Abgeordneten schwer mißhandelt. Kein Zweifel, daß dieses Parlament aus Naziabgeordneten mit erschlichenen und gefälschten Mandaten kein Parlament im Sinne der Verfassung ist.

Die wirtschaftliche Katastrophe ist da. Eisher haben die Nationalsozialisten ihre Katastrophenpolitik mit der Parole »Zurück zum Reich« zugedeckt. Jetzt, wo es der Bevölkerung immer klarer wird, daß die Nazis unter dieser Parole gegen die deutschen Interessen Danzigs gewütet haben, wollen die Danziger Nationalsozialisten von dieser Parole wieder herunter. Der Danziger nationalsozialistische »Vorposten«, an dessen Kopf das Motto »Zurück zum Reich« will es nun nicht gewesen sein. Er schreibt:

»In der Zeit politischer Hochspannung, die wir eben in Danzig erlebt haben, hat sich... etwas ergeben, was jeden Verantwortungsbewußten mit der größten Sorge erfüllen muß. Es zeigte sich, daß während dieser sorgenvollen Tage in der Allgemeinheit die Erwartung einer in mehr oder weniger kurzer Frist bevorstehenden Endlösung des Danzig-Problems erblüht war. Diese Einstellung, die von politisch untergeordneter Seite womöglich noch gestärkt worden ist, beruht auf einem Mißverständnis, mit dessen Richtigstellung nicht mehr gezögert werden kann.

... Nun hat es sich besonders in den Tagen des Danzig-polnischen Zolkkonfliktes gezeigt, daß aus dieser Stärke und Widerstandskraft spendende Sehnsucht (gemeint ist die Sehnsucht nach einer Rückkehr ins Reich, D. Red.) die Erwartung einer unmittelbar bevorstehenden Vereinigung der Danzig-Frage in territorialer Beziehung geworden ist. Äußerungen wie: »Na, Weihnachten sind wir im Reich« u. ä. waren plötzlich in aller Munde. Darin zeigt sich eine irrtümliche Auffassung von der deutschen Aufgabe, die Danzig gestellt ist. Dieser Irrtum kann zu einem Moment der Schwäche werden und darf daher nicht unwidersprochen bleiben... »Hilf dir selbst, so hilft dir Gott«, sei unsere Lösung. Wir werden mehr leisten und allen Angriffen um so stärkeren Widerstand entgegenzusetzen können, wenn wir uns von vornherein klarmachen, daß noch viele schwere Opfer gebracht werden müssen. Wir werden um so stärker sein, wenn wir weder uns noch anderen Wunschbilder vorgaukeln. Das Erwachen aus solchen Gaukeleien ist hart und findet den Trücker schwach.«

Zu dieser Liquidierung der offiziellen nationalsozialistischen Flüsterparole schreibt die »Danziger Volksstimme«:

»Seit Wochen und Monaten hat die »Danziger Volksstimme« auf die Unsinnigkeit und Gefährlichkeit jener zahlreichen Gerüchte hingewiesen, die, von gewisser interessierter Seite erfunden und ständig genährt, dem Volk weismachen wollten, der Tag nicht mehr fern sei, an dem Danzig »zurück zum Reich« kommen werde. Wir haben die Unsinnigkeit dieser Gerüchte klargestellt, weil wir nicht dulden durften, daß gewisse Leute das Volk nasführten, um damit politische Geschäfte zu machen, und weil gerade in den letzten zwei Jahren alles, aber auch alles dagegen sprach, daß irgendwelche noch so unscheinbaren Tendenzen der internationalen, Danziger, deutschen oder polnischen Politik gerade jetzt den Anschluß Danzigs an das Reich zum Ziel haben könnten. Vielmehr deuteten alle Strömungen der internationalen Politik, soweit sie die Stellung Danzigs irgendwie betrafen, darauf hin, daß die im Vertrag von Versailles festgelegte Regelung keineswegs einer grundlegenden Aenderung unterzogen würde, am allerwenigsten in der Richtung, von der die genannten Gerüchte zu erzählen »wußten«. Zum anderen betonten

wir stets die Gefährlichkeit solcher Parolen, weil sie — wie wir immer wieder ausgeführt haben — geeignet waren, nicht nur ständige Unruhe in Danzig zu schaffen und die außenpolitische Situation der Freien Stadt schwer zu belasten, sondern vor allem deshalb, weil sie — ihrer Bestimmung gemäß — große Teile der Bevölkerung in einen Zustand der Passivität, des Sichgehenlassens versetzten und sie von den wichtigen ungeheuren Aufgaben ablenkten, die hier in Danzig der Lösung harren.

Die Gerüchte starben trotzdem nicht ganz aus, aber die Zahl der Leichtgläubigen ist, dank unserer Aufklärungsarbeit, im Laufe der Zeit doch wesentlich geringer geworden. Es gelang, große Teile der Bevölkerung von der Illusion zur Realität zu führen, aus dem Nebelreich der Zwecklüge in die Wirklichkeit zurückzusetzen. Politische Erziehungsarbeit ist stets das Hinführen zu den Tatsachen. Und was unsere Aufklärungsarbeit nicht schaffte, das hat schließlich die Praxis selbst gelehrt. Sie hat den politisch Leichtgläubigen in der jüngsten Vergangenheit nichts als Enttäuschungen beschert. Aber diese harte Schule der eigenen Erfahrungen ist manch-

mal leider notwendig, wenn das Volk wieder vorwärtskommen soll.

Die Danziger Bevölkerung aber wird nunmehr auch wissen, wie sie gewisse Reden und Redewendungen zu bewerten hat, die dann und wann in der Bevölkerung Kopfschütteln oder Rätselraten auslösen. Sie wird sie genau so bewerten, wie jenes Motto, das auch gestern noch am Kopf des »Vorposten« zu lesen war, und das wörtlich heißt: »Zurück zum Reich!«

Für die deutsche Danziger Bevölkerung ergibt sich aus alledem der eine Schluß: Wie man auch zu der Frage der Rückkehr Danzigs zum Reich stehen mag, ob man sie für zweckmäßig hält oder nicht, aktuell ist sie unter den heutigen politischen Verhältnissen, ganz besonders im Hinblick auf die außenpolitische Lage des Dritten Reiches, gewiß nicht. Die deutsche Danziger Bevölkerung hat nur die Aufgabe, sich selbst zu helfen, d. h. nach außen und im Innern politische und wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die ihr Lebensmöglichkeiten gewähren und die Freiheit wiedergeben. Die Schaffung dieser Voraussetzung allein garantiert auch die Erhaltung des Deutschtums der Freien Stadt. Freilich bedeutet das

einen schweren Kampf, der noch bevorsteht. Aber zur Führung in diesem Kampf sind heute die breiten Massen der schaffenden und notleidenden Danziger bereit, die Führung wird dabei in der Hand der Sozialdemokratie liegen, denn ihre politischen Prinzipien allein hat die Geschichte bestätigt.«

Auf Zwangsarbeit in Deutschland

Die Danziger Nazi haben eine Reihe von Danziger Arbeitslosen zwangswise nach Deutschland abgeschoben, wo sie an Reichsautobahnen schippen müssen. Es ist ein Seitenstück zu den Arbeiterdeportationen im Weltkrieg. Den Deportierten wurde als Geleitspruch die Ankündigung mit auf dem Weg gegeben, daß »mit der Vermittlung in ein Reichsautobahnlager nicht etwa das Paradies für den Betroffenen angebrochen sei.«

Die Deportierten rebellieren inzwischen. Sie sollen mit 80 Pfennigen im Tag auskommen. Der Lagerführer des Arbeitslagers Bartenstein, der diesen Verpflegungssatz nicht einhalten kann, hat den folgenden dringenden Brief an die zuständige Stelle geschrieben:

»Ich bitte daher um einen Zuschuß sowie schnelle Erledigung dieser Angelegenheit, da ich die Danziger Arbeitskameraden von einer Rückkehr nach Danzig nicht zurückhalten kann. Heil Hitler! gez. Poeschag, Lagerführer.«

Auch dieser Schwindel der Danziger Nazis ist schon am Platzen!

Täuschende Geldfülle

Wie soll das nun weitergehen?

Bestünde in Hitlerdeutschland ein echter Aufschwung, so müßte mit den Investitionen auch die Kreditbeanspruchung von Industrie und Handel zunehmen. Die Monatsbilanzen der deutschen Kreditinstitute für Ende Juli zeigen aber das gerade Gegenteil. Bei den Großbanken sind die Ausleihungen seit Juli 1934 um 500 Millionen und seit Juli 1933 um 1 Milliarde, das sind 20 Prozent, zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Einlagen bei den Großbanken in den letzten zwei Jahren mit rund 5,8 Milliarden fast unverändert hochgeblieben. Industrie und Handel haben also ihre Ueberschüsse zur Abtragung alter Bankschulden benutzt, aber keine neuen Bankschulden gemacht. Die Wirtschaft schwimmt also im Geleide. Aber ein gesundes Zeichen ist das keineswegs, sondern nur die Folge der staatlichen Schuldenwirtschaft. Es werden immer mehr Staatsgelder in die Rüstungsindustrie hineingepumpt, während die Erzeugung von Gebrauchsgütern zur Stagnation verurteilt wird. Deshalb kann sich die Rüstungsindustrie in dem Maße entschulden, wie die Ueberschuldung des Reiches zunimmt. Das Mißverhältnis zwischen der Fülle an Geld und der Knappheit der Waren ist die Folge der Kriegswirtschaft auf Borg. Sie ist die eigentliche Ursache der Teuerung, von der Deutschland jetzt heimgesucht ist. Diese täuschende Geldfülle kommt aber dem Hitlerreich zur Zeit gelegen, denn sie erlaubt Herrn Schacht, Schulden mit neuen Schulden zu bezahlen, und auf diese Weise das Umschlagen der Schuldenwirtschaft in die Ueberinflation hinauszuzögern. An die Stelle der privaten Kreditbeanspruchung tritt die öffentliche. Die Unternehmer zahlen ihre Bankschulden mit den faulen Arbeitsbeschaffungswechsels ab. Bei den Banken hat also eine Auswechslung der privaten Verschuldung gegen die staatliche stattgefunden. So hat der Wechselvorrat bei den Großbanken seit Juli 1933 von 1,6 auf 2,3 Milliarden zugenommen, der Bestand an Wertpapieren von 780 auf 840 Millionen. Im Geschäftsverkehr wird mehr und mehr der Wechsel durch Barzahlung, bei den Banken der reguläre Handelswechsel durch die Arbeitsbeschaffungswechsel verdrängt. Es ist sicher, daß die Banken weit mehr Arbeitsbeschaffungswechsel hereingekommen haben, als Wechsel überhaupt. Ihr Beitrag zur Finanzierung der »Staatskonjunktur« ist also beträchtlicher, als die obigen Ziffern zeigen. Die öffentliche Verschuldung an die Banken ist also ungefähr um die gleiche Summe angewachsen, wie die private zurückgegangen ist. Von Schachts Spezialorgan »Der deutsche Volkswirt« ist jüngst diese Staatskonjunktur als »große Kapitalfehlleitung oder -aufzehrung« gekennzeichnet worden. Sie kommt

darin zum Ausdruck, daß in den Rüstungsindustrien Geld brachliegt, während die Geldbedürfnisse der Konsumindustrie unbefriedigt bleiben.

Etwas anderes ist die Entwicklung bei den öffentlichen Kreditinstituten, besonders bei der Girozentrale, der Spitzenorganisation der Sparkassen. Hier hat tatsächlich eine sehr erhebliche Zunahme der Einlagen stattgefunden. Ansehnliche Ersparnisse bei den Arbeitern und Angestellten verbietet schon die Teuerung. Dagegen kann man annehmen, daß geschäftliche Guthaben von den Privatbanken zu den Sparkassen abgewandert sind. Man muß auch berücksichtigen, daß an der Aufrüstung nicht nur die Industrie, sondern auch das Handwerk, der Favorit des Nationalsozialismus tätig ist, ganz besonders jetzt, da die Vorbereitung für die Inkraftsetzung der Wehrpflicht im Gange ist. In den Handwerksstuben herrscht neues Leben, aber die Handwerker wissen, daß es nur eine kurzfristige Konjunktur ist und Anschaffungen daher nicht lohnen. Deshalb werden auch hier die Ueberschüsse nicht produktiv verwendet, sondern auf die hohe Kante gelegt. Das Anwachsen der Sparguthaben ist also ebensowenig wie die herrschende Geldfülle überhaupt ein Zeichen wirtschaftlicher Blüte. Seit Juli 1933 sind die Einlagen bei der Girozentrale von 2,6 auf 4,2 Milliarden gestiegen, also um 1,6 Milliarden. Zur gleichen Zeit sind die Wechselbestände von 421 Millionen auf 1,2 Milliarden, also auf das Dreifache, und der Wertpapierbestand von 225 auf 910 Millionen, also auf das Vierfache angewachsen. Der gesamte Zuwachs der Spareinlagen ist also zur Finanzierung der Rüstungskonjunktur verwendet worden. Die Geldreserven der Wirtschaft können in den Dienst der künstlich aufgeblähten Staatskonjunktur gestellt werden, weil und in dem Maße wie man sie der Förderung einer echten Konjunktur entzieht.

Das Hitlerregime hat eine Unzahl staatlicher Finanzinstitute teils in seinen Dienst gestellt, teils neu errichtet, zu keinem anderen Zweck als den, die staatlich betriebene Wechselreiterei zu tarnen. Jedes ist zugleich sein eigener Wechselschuldner und Wechselgläubiger. Da gibt es die Golddiskontbank, die Akzeptbank, die Bank der deutschen Arbeit, die Bank für Deutsche Industrieobligationen, die Deutsche Bau- und Bodenbank, die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit (Oeffa), die Deutsche Verkehrskreditbank, die Deutsche Länderbank, die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse. Da ist es nun aufschlußreich, daß allein die Verkehrskreditbank, das Finanzinstitut der Reichsbahn, Wechselschulden von mehr als einer Milliarde hat bei einem Eigenkapital von 23 Millionen, die Oeffa 900 Millionen bei einem Eigen-

kapital von 250 Millionen. Allein bei den öffentlichen Banken besteht eine Wechselverschuldung in Höhe von rund 2½ Milliarden. Hält man sich diese Zusammenhänge vor Augen, dann kann man begreifen, daß »Der deutsche Volkswirt« jüngst die Frage aufgeworfen hat, »wie es nun weitergehen soll.«

G. A. Frey.

Bayrische Bauern gegen Hitler

Die Stimmung der fast ganz bäuerlichen Bevölkerung der südlichen Oberpfalz in der Gegend von Laber und Parsberg ist gegen das Hitlerregime eingestellt und allgemein hört man die Meinung, »der Saustall kann doch nicht mehr lange dauern.« In dem Städtchen Hemau war vor einiger Zeit eine groß aufgemachte Feier der Nazis. Es wurde ein Gedenkstein für den 1923 an der Feldherrnhalle gefallenen Hemauer Faust enthüllt. Bei der Hemauer Einwohnerschaft durchwegs Kleinbürger, war von einer Begeisterung nicht die geringste Spur zu sehen. Der Gauleiter hatte durch das Bezirksamt verkünden lassen, daß alle Hausbesitzer zu beflaggen haben, aber nicht in den »abgeschafften« bayrischen Farben weiß-blau, sondern mit den offiziellen Hakenkreuzfarben evtl. noch schwarz-weiß-rot. Die Empörung über die »abgeschafften« Landesfarben war eine allgemeine und die Beflaggung beschränkte sich auf die Amtgebäude. Die ganze so groß aufgezogene »Faustfeier« ging ohne Teilnahme der Hemauer Bevölkerung vor sich.

Die Nazis in den Dörfern und Städtchen sind sehr kleinlaut geworden. Sie versuchen sich wieder anzubiedern, insbesondere mit der Phrase: »der Hitler will das nicht«. Sie finden aber nirgends mehr Anklang.

Die größte Beunruhigung ruft bei der religiös eingestellten Bauernschaft die Bespitzelung der Pfarrer und deren sonntäglichen Predigten hervor. Wiederholt sind Nazis schon deswegen jämmerlich verprügelt worden, ohne daß sie zu klagen wagten, da sie bei einer Anzeige nur eine neue vermehrte Auflage zu befürchten haben. Man fürchtet sich nicht mehr vor den Nazis, die allgemein in die Defensive gedrängt sind.

In der ganzen Gegend gibt es keinen Hitlergruß mehr oder ein »Heil« und die früheren Nazischreier wagen selbst nicht mehr zu grüßen. Dagegen macht sich eine starke weißblaue bayrische Stimmung bemerkbar: »Unser Bayernland muß wieder hergestellt werden.« Die ganze Hitlererei bezeichnet man häufig als »preußischen Schwindel«. Man sieht sich auch den Führer mehr kritisch an. Häufig hört man, wie ja in München auch: »Was hat denn alles Hitler früher in München getrieben?« Man zieht Vergleiche, und es mischen sich monarchistische Bestrebungen in die Hitlerablehnung. »

Die Gewalt in der Politik

Bemerkungen von Oda Olberg (Buenos Aires)

II.

Nichts wäre demoralisierender für unsere Partei, als die Schuldlegende zu pflegen, wir wären deshalb unterlegen, weil wir waffenlos oder ungenügend bewaffnet waren. Daraus folgte ja, daß wir nur durch eine der Gegner überlegenen Bewaffnung uns befreien könnten, es folgte also daraus eine Aufgabe, die wir tatsächlich nicht zu erfüllen imstande sind. Jeder normale Mensch erlahmt bei dem Gedanken, seine Kräfte für Unerreichbares einzusetzen zu sollen.

Unterlegen ist die Masse in Italien, weil sie übertölpelt und verraten wurde, in Deutschland, weil die furchtbaren Leiden der Krise einen Teil von ihr an Vernunft und Wirklichkeit irre gemacht und dem Wunderglauben in die Arme getrieben hatte. Einzig in Oesterreich hätte vielleicht bessere Bewaffnung den militärischen Sieg bringen können, was aber bei der Haltung der Mächte nichts an dem politischen Ausgang geändert hätte.

Man kommt da zu einem recht pessimistischen Ergebnis. Wenn die physische Gewalt durch ihren in den Händen des Staates zentralisierten Apparat heute über so ungeheure Mittel verfügt, kann sie da nicht jederzeit der geschichtlichen Entwicklung den Weg vertreten? Ist da nicht die ganze Kulturarbeit beständig bedroht?

Daß wir die in den Händen der Exekutive liegenden Machtmittel je vermindern können, ist ebenso unwahrscheinlich, wie die Beseitigung der arbeitsparenden Maschinen. Außerdem hat die Sozialdemokratie, wie jede freiheitliche Bewegung, Interesse an einem starken Staatsapparat, der der einzig möglichen privaten Aufrüstung, der des Großkapitals, einen Riegel vorschoben kann. Dezentralisieren kann man die staatlichen Machtmittel auch nicht, obwohl zum Begriff des demokratischen Staates die Bürgerwehr gehört, das Recht jedes unbescholtenen Bürgers, Waffen zu tragen. Mit diesem Recht hat die technische Entwicklung einfach aufgeräumt, ohne daß irgendjemand daran schuld wäre. Die praktische Durchführung wäre Wahnsinn: jedem Hause sein Tank,

sein Maschinengewehr, seine Giftgase und sein Flugzeug. In der Zerstörungstechnik hat sich die Menschheit eben etwas ausgebrütet, was ihren Bestand oder doch den ihrer Kultur gefährdet. Sie kann dieses Etwas nicht wieder ins Ei zurückkomplimentieren.

Ich sehe da kein anderes Schutzmittel als die hundertfältige Fesselung und Kontrolle der Exekutive, die durch wählbare Vertreter an den technisch entscheidenden Punkten des Militär- und Polizeiapparats, der Herstellung und Unterbringung der Waffen zu bewerkstelligen wäre. Lehrreich ist, daß jede Diktatur sofort die Waffenmacht aufs äußerste zentralisiert, ihre Ankerbelugung von möglichst wenig Individuen abhängig macht, mit der technisch richtigen Begründung, dadurch ihre Schlagkraft zu erhöhen. Jedes demokratische Regime muß aber um jeden Preis die Bildung eines Apparats verhindern, der technisch so vollkommen ist, daß der Druck auf einen Knopf genügt, um das Land in Brand zu setzen. Je vollkommener solch ein Apparat ist, um so weniger menschliche Verantwortung greift bei seiner Zweckerfüllung ein, um so automatischer verrichtet er seine Arbeit, um so geeigneter ist er als Werkzeug eines einzigen Willens. An allen technisch entscheidenden Stellen muß die Demokratie die Möglichkeit der Kontrolle und der Hemmung fordern, wenn sie nicht riskieren will, von der Exekutive überwältigt zu werden. Seit es einen zentralisierten Staat gibt, hat der Einzelne sich durch ein dichtes Netz von Gesetzen vor dessen Uebergriffen zu schützen gesucht. Nun der Staat als einziger die Verfügung hat, über eine bisher nie gekannte Fülle technischer Uebermacht ist die große Mehrheit der Bürger, nicht nur das Proletariat, daran interessiert, in diesem furchtbaren Apparat Hemmungsvorrichtungen anzubringen, deren Hebel nicht von der Exekutive, sondern von Vertretern der Gesamtheit manövriert werden.

Daß ein in dieser Weise mit demokratischen Sicherungen durchsetzter Polizei- und Militärapparat an Schlagkraft und Geschwindigkeit hinter dem der Diktatur zurückbleiben müßte, ist natürlich auch

zu bedenken, vor allem in Hinblick auf auswärtige Kriege, aber auch auf einen Handstreich des Großkapitals. Hier, wie von vielen anderen Standorten aus, zeigt sich die enge Verbindung zwischen innerstaatlicher Polizeigewalt und Landesverteidigung, zwischen Bürgerkrieg und auswärtigem Krieg, zwischen Demokratie und Pazifismus.

Heute stehen wir vor der brutalen Tatsache, daß kein Proletariat, daß überhaupt keine Macht im Staate, außer dem Großkapital, sich die technischen Mittel verschaffen kann, um der Gewalt der Exekutive wirksam entgegenzutreten, und daß gleichzeitig keine sozial und freiheitlich eingestellte Partei die Machtbeschränkung des Staates anstreben kann, ohne dadurch die Möglichkeit eines siegreichen Ueberfalls des Großkapitals auf den Staat und seinen Machtapparat zu schaffen. Aus dieser Lage gibt es keinen andern Ausweg, als die heute verpönte Demokratisierung und Eroberung des Staates. Daß beide bisher nicht gelungen sind, ist kein Argument. Man zeige uns ein anderes Mittel als das der Demokratisierung des Staatsapparates, um den Rückschlag in Gewaltperioden und Diktaturen zu verhindern. Mit einer Handvoll modern ausgerüsteter Getreuen oder Schergen kann heute die herrschende Klasse das Proletariat einer ganzen Stadt in Schach halten. Um das zu verhindern muß die Exekutive »über den Parteien« stehen, das heißt, alle Interessen- und Ideenrichtungen des Staates müssen die praktische Möglichkeit haben, bei dem Gebrauch der staatlichen Gewalt bestimmend mitzusprechen. Wenn wirklich im Kampf um die Zukunft die letzte Entscheidung nur der Gewalt bliebe und es unmöglich wäre, die Exekutive zu einem Werkzeug des Mehrheitswillens zu machen, dann müßte die den Sozialismus anstrebende Menschheit erst der herrschenden Klasse ihr Waffenmonopol nehmen, um sie dann besiegen zu können. Da sich die Nutznießer der heutigen Ordnung natürlich mit allen Mitteln um ihr Waffenmonopol wehren werden, so liefe die Aufgabe darauf hinaus, daß wir gesiegt haben müßten, um siegen zu können.

Entweder ist also die Sache hoffnungs-

los, oder die letzte Entscheidung liegt nicht bei der Gewalt.

Nun hat sich aber kaum jemals die Gewalt als so wirksam, gewissermaßen, so fruchtbar erwiesen, wie gerade heute. Genosse Ellenbogen hat den Faschismus treffend definiert als »Einführung der Gewalt in die Politik«. Die Gewalt ist von den Faschisten geradezu neu entdeckt worden. Die Wirkung war für sie selbst verblüffend, fast ebenso, wie für die Opfer. Ein Dutzend Rowdys, mit dem Knüttel in der Hand, konnte eine Versammlung sprengen, deren Redner man keine Argumente entgegenzusetzen hatte. Die Beseitigung einer Handvoll Gewerkschaftsführer konnte eine festgefügte, seit Jahrzehnten aufsteigende Organisation brechen und ihre Errungenschaften vernichten. Mit Petroleum und Reisig, im Notfall mit Brandgranaten, schafte man sich Kooperativen vom Halse, denen die Konkurrenz der privaten Geschäfte nicht gewachsen war, ganz zu schweigen von den gestohlenen Waren, mit denen sich die »Sieger« auf Jahre eindeckten. Das »Tischlein deck dich — Esel streck dich — Knüttel aus dem Sack« wurde Wirklichkeit und tat Wunder.

Dies Wunder reichte sogar bis in die Seele der Menschen. In gutem Glauben und sogar in bitterer Selbstkritik sagten viele: »Ja, das waren eben ganze Kerle, und die andern waren Waschlappen«. Diese Einstellung — ein Rückschlag in die Kinderjahre, in denen körperliche Kraft und körperlicher Mut von einem Zauberschein umgeben sind — ist sehr wesentlich mitschuldig an der heutigen Lage.

Man soll sich aber zunächst klar machen, daß die Wunderwirkung der Gewalt, ohne die es nie einen Faschismus gegeben hätte, nur durch Versagen der Staatsmacht, buchstäblich durch Landesverrat der Sicherheitsbehörden, möglich war. Wäre die Polizei gegen die Faschisten auf dem Platze gewesen, wie sie gegen streikende Arbeiter auf dem Platze war, so hätte der ganze Zauber mit ein paar Jahren Gefängnis für die Rädelführer geendet. Aus war der Nimbus, aus waren die Zahlungen der großen Banken! Vielleicht wer-

Lasset die Kindlein zu mir kommen...



Zeitungsbericht: Ein jüdisches Erziehungsheim in Ditz an der Lahn, in welchem vor allem Waisenkinder und Halbwaisen untergebracht waren, wurde, nachdem es vor dem Gebäude zu Sprechhören und Demonstrationen gekommen war, von der Polizei geschlossen und die etwa 50 Insassen zu ihrem Schutz unter polizeilicher Bedeckung nach auswärts abtransportiert.

den uns England und die nordischen Staaten zeigen, wie es um die Zauberwirkung der Gewalt bestellt ist in einem Staate, dessen Exekutive die eigenen Gesetze anwendet.

Weiter müssen wir die Gewalt geschichtlich sehen und nicht mit Kinderaugen. Sie hat nichts gemein mit den ringenden Burschen, deren jeder nur die eigene Kraft und Gewandtheit einsetzt, meist unter strengster Einhaltung der Gesetze des »fair play«. Wenn heute der Rechtsschutz der Bürger aufhört, dann kehrt nicht »der alte Urstand der Natur« wieder, »wo Mensch dem Menschen gegenübersteht«. Vielmehr fallen Bewaffnete über Unbewaffnete her. Und bewaffnet sind die Organe des Staates, die nur durch Verrat in den Dienst einer Gruppe gegen die andere treten; bewaffnet sind außerdem die, die Geld, viel Geld haben. Es gibt kein ritterliches Regime der Gewalt, wenn man heute das bürgerliche Regime des Rechtes beseitigt. Dann tritt automatisch, auch gegen den Willen der Führer, der Terror auf, als unerläßliche Steigerung der Gewaltwirkung, die nicht mehr im Rechtsgefühl der Mehrheit ihre Entlastung findet.

Nun gut, wenn aber die Gewalt so schnell zum Ziel führt, warum konnten wir sie nicht »finden«? Wir haben ja schließlich auch Regierungen gehabt, die die Augen hätten zudrücken können.

Was das Ziel betrifft, so habe ich darüber schon im Jahre 1923 geschrieben: »Man kommt schneller zum nächsten Blikkerladen, als auf einen Bergesgipfel«. Der Unterschied zwischen unsern und den faschistischen Zielen ist zu groß, als daß man da einen Vergleich machen könnte. Im übrigen könnten wir keine Gewaltgläubigen sein, weil wir ja die neue Gesellschaft von innen heraus, aus dem Willen und der Ueberzeugung der Menschen, aufbauen wollen, so daß die Gewalt an dem Tage, wo sie für uns Sinn gehabt hätte, überflüssig erscheinen konnte, oder doch wenigstens zu einer ganz kurzen Rolle berufen.

Wer sagt uns, daß unsere Auffassung der Gewalt ungeschichtlich sei, weil sie nicht zur Tagesgeschichte paßt?

Die Sozialdemokratie hat immer den Standpunkt vertreten, daß ihre Bestrebungen in der Richtung der geschichtlichen Entwicklung lägen, daß sie diese nur beschleunigen, die ihr durch alte Machtverhältnisse entgegenstehenden Hindernisse beseitigen wolle. Die innere Zersetzung aller Diktaturen zeigt uns aber, daß die Gewalt — auch bei der heutigen technischen Hypertrophie ihrer Mittel — nicht die Richtung der Geschichtsentwicklung bestimmen, sondern sie nur aufhalten kann. Der Faschismus ist nicht einmal eine Rückkehr auf schon durchlaufenen Wege, sondern eine Sackgasse, in der sich eine privilegierte Minderheit verschanzt, damit die Entwicklung nicht über sie wegrolle. Es ist nicht eine tröstliche Redensart, sondern eine durch Erfahrung erhärtete Erkenntnis, daß sich auf den Terror keine

dauernden Machtverhältnisse aufbauen lassen, vor allem nicht in Ländern mit kompliziertem Wirtschaftsleben. Die Spekulation kann in Zeiten der Willkür, Gesetzlosigkeit und Bestechlichkeit gedeihen — durch die Verschiebung des vorhandenen Reichtums können große Geschäfte gemacht werden —; Industrie und Handel brauchen Recht und Gesetz, brauchen Schutz vor unberechenbaren Eingriffen der herrschenden Minderheit. Die Diktatur ist etwas Zeitwidriges, und ihre Folgen, vor allem das Verkümmern des Rechtsgefühls, vertragen sich nicht mit den Anforderungen des modernen Kapitalismus.*)

Ich weiß wohl, daß es heute als Leisetreterei wirkt, wenn man von der Selbstzersetzung der Diktatur spricht. Die Tröstung von dem Uebergang, wo man schon einmal selbst der Fuchs ist, dem das Fell über die Ohren gezogen wird, findet keinen großen Beifall. Jeder denkt mit Schrecken, daß der Verfall von innen heraus lange Zeit beanspruchen könnte, und hat weiter den Eindruck, daß einem dabei die Rolle des tatenlosen Zuschauers zufalle.

Es ist nun aber gar nichts damit gewonnen, wenn wir uns mit Illusionen nähren und sagen, wie wir es nach dem »Marsch auf Rom« getan haben: »Das dauert keine sechs Wochen«. Diesen geschichtlichen Wechsel hat man allzu oft verlängern müssen. Diktaturen können Jahrzehnte dauern, was nur aus der Froschperspektive des Individuums eine lange Zeit ist. Aber ihre Selbstzersetzung erfolgt nicht, weil Tag auf Tag in die Ewigkeit tropft, sondern weil lebende und wollende Menschen sich mit der Diktatur nicht abfinden wollen, weil sie dem heutigen geschichtlich gewordenen Menschen widersteht.

Der materielle Machtapparat des Staates hält auf die Dauer den Hochdruck nicht aus, unter den ihn das faschistische Regime setzen muß. Was ihn entlasten und kraftsparend für ihn einspringen könnte, das Rechtsgefühl, wird durch die Erfahrung jedes Tages zerrieben. Das Rechtsgefühl ergibt sich ja nicht aus der formalen Ableitung des Staatsmaßnahmen aus Gesetzestexten, sondern aus dem lebendigen Bewußtsein der Bürger und der praktischen Erfahrung, die Gewalt, auf die der einzelne verzichtet, zu guten Händen übergeben zu haben. In den ersten Zeiten nach der Machtergreifung, wird der Verfall des Rechtsgefühls mehr als wettgemacht durch den Nimbus, der die neuen Machthaber umgibt. Sie sind die Retter, die Gottgesandten, sie können nicht irren und müssen alles zum besten führen. Das seelische Bedürfnis, in dieser Wirnis und Not an etwas zu glauben, verleiht den Diktaturen ja ihr geschichtliches »Exequatur«. Dem Nimbus ist aber nichts verhängnisvoller als Zeit und Erfahrung. Die wirtschaftliche Ohnmacht, die ruchlose Gemeinheit der Werkzeuge und Mittel, der Verrat des eigenen Programms, der irrlichternde Opportunismus zerstören Strahl um Strahl des Nimbus, während die Lügenpropagan-

da ihn funkend, druckend und brüllend wieder aufzufrischen sucht. In dem Maße, wie Rechtsgefühl und Nimbus schwinden, wachsen die Anforderungen an die materielle Gewalt, wachsen Haß und Auflehnung, die diese erzeugt.

Das alles erfolgt automatisch, eben, weil die Menschen keine Automaten sind.

Unsere Aufgabe als illegale Partei, Aufgabe für alle die, die nicht an die militärische Aufrüstung glauben, kann nur darin bestehen, überall und mit allen Mitteln die Anpassung an die Diktatur zu verhindern. Verhindern, daß an die Stelle des zerstörten Rechtssinns der Knechtssinn trete. Die Vereinzelnung, Atomisierung der Masse bekämpfen, die jede Diktatur durch Spitzelwesen herbeizuführen sucht, Egoismus, Feigheit, Mangel an Solidarität — diese lieben Eigenschaften der Unpolitischen, die »nur der Familie und dem Beruf leben«, sind die wirksamsten Helfer der Diktatur, weil sie den Terror überflüssig machen, weil sie durch ihre peripherische Aktion das Zentrum entlasten.

Ebenso wichtig, wie der Terror, ist im Regierungsarsenal des Faschismus die Lüge. Wenn man durch Gewalt und Gewaltandrohung den Menschen gegen seinen Willen lenkt, so stellt man durch die Lüge seinen Willen betrügerisch in den Dienst fremder Zwecke, weil man seine Willensentscheidung durch falsche Daten bestimmt. Die Bekämpfung der offiziellen Lüge ist genau so gefährlich, wie etwa die Anhäufung von Waffen, aber viel wirksamer. Um so wirksamer, je strenger wir uns an die Wahrheit halten. Ohne die Monopolisierung des Nachrichtendienstes, durch die in den faschistischen Ländern der weitaus größte Teil der Bevölkerung nicht weiß, wie es im eigenen Lande und im Ausland wirklich aussieht, würde sich keine Diktatur halten. Nicht umsonst hat man die Errichter schwarzer Funkstellen ins Zuchthaus geworfen oder ermorden lassen.

Manche meinen, daß die Parole des bewaffneten Widerstandes, auch wenn wir selbst an den Erfolg nicht glauben, doch wie ein Gärungstoff das Regime der Diktatur zersetzen müsse. Es ist aber, ganz ohne Aufrüstung, genug Gärungstoff überall vorhanden, so lange wir nur die Bedrückten vor dem Gefühl der Vereinzelnung retten, das sie hoffnungslos macht. Für den Gegner dürfte die Parole des bewaffneten Aufstandes beruhigend wirken, als Versicherung, daß Kraft an Unerreichbares gesetzt und dem Erreichbaren entzogen wird.

Nicht, weil wir uns selbst um geschichtliche Verantwortung drücken wollen, sondern weil es in der Logik der ganzen Lage begründet ist, hat die Diktatur mehr von Palastrevolutionen als von Aufständen zu fürchten. Der Faschismus zeigt die Augenblickserfolge der Gewalt, befreit die Seinen von jeder gesetzlichen Fessel, gibt ihnen Waffen und Gelegenheit, hat sie großgezogen in der Schule des Verrats.

Daß wir an einer derartigen Lösung kein Verdienst hätten, ist richtig, daß sie für uns wertlos wäre, ist falsch.

Gewiß zeigt gerade die Geschichte der Diktaturen besonders deutlich, daß nicht die Persönlichkeit die Situation schafft, sondern daß die Situation die ihr entsprechende Persönlichkeit anzieht und emporträgt. Ist aber einmal eine solche Persönlichkeit zum Träger und Sinnbild einer Machtkonstellation geworden, so gilt der Satz, daß es auf das Individuum nicht ankommt, nicht länger. Denn der Nimbus strahlt von der Persönlichkeit aus und erlischt mit ihr. Durch das tiefe Niveau des öffentlichen Lebens, das der Masse nur eine passive Rolle zuweist, wird die Persönlichkeit zum Ausgangspunkt einer Massenwirkung.

Hier erleben wir etwas wie Nemesis. Wo es politische Freiheit und Selbststeuerung gibt, findet der durch sie bestellte Führer in ihr Deckung. Er mag durch seinen persönlichen Wert noch so schwer ersetzbar sein, keinesfalls steht und fällt die Bewegung mit ihm. Anders bei dem, den geschickte Aufmachung seiner Geschäftsteilhaber und die messianische Sucht der Massen hoch über alle erhöht. Er ist in einem nicht mehr durch Gesetzmäßigkeit zusammengehaltenen Ganzen durch seinen Nimbus eine politische Macht, für die die Seinen keinen Ersatz stellen können. Wann hätte je ein Diktator einen Nachfolger gehabt?

In dieser Erhöhung der Persönlichkeit liegt ein Hauptgrund für die Unfruchtbarkeit, mit der jede Diktatur geschlagen ist. Die Sicherheit reicht nur soweit, wie die Gewalt, deshalb wird ein großer Teil der öffentlichen Mittel und der nervösen und körperlichen Energie der Führer von der bloßen Sorge um ihre Behauptung verzehrt*). Wenn diese Herren nur die Aufrüstung der sozialistischen Partei zu fürchten brauchten, würden sie sehr ruhig schlafen. Sie fürchten etwas, was außerhalb und über jeder Leitung und Organisation der Parteien droht »wie Sternelauf und Schicksal«. Man rodet nicht ungestraft das Rechtsgefühl aus, das mit seinen tausend Fasern den Boden der sozialen Gemeinschaft festigt und hält, wie die Wurzeln den Humus auf abschüssigem Gelände. Dies gehört auch in das Kapitel der Selbstzersetzung der Diktatur.

Durch diese Bemerkungen, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit machen, möchte ich auf den geschichtlichen Wandel der Gewalt hinweisen, deren Wirksamkeit vom Individuum in seine Werkzeuge und in die Seele seiner Opfer verlegt wird, auf das gesellschaftliche Interesse, dem Staate allein die Ausübung der Gewalt zu übertragen und auf die Gefahr, die in diesem Monopol für die Gesellschaft liegt. Weiter möchte ich der Stimmungsmache für die Gewalt, die heute im alle Schichten eingedrungen ist, die Feststellung entgegenzusetzen, daß die heutige motorisierte und

Meine Ruh ist hin...

Stoßseufzer eines deutschen Lesers.

Ich glaubte der Hakenkreuzpresse um jeden Preis,

ich dachte, sie hätte noch niemals gelogen, und was ich auch bin, und was ich auch weiß, das hab ich aus Ihren Artikeln bezogen.

Jetzt hat mich ein furchtbarer Zweifel beim Schopf gepackt,

denn im Mai dieses Jahres ließ Göbbels verbreiten, das Stimmband des Führers sei völlig intakt — heut les ich, man mußte es leider beschneiden.

Was soll ich nun glauben? Wer gibt meiner Seele Ruh'?

Sie haben gelogen, o himmlischer Vater — vielleicht schon früher, vielleicht immerzu, vielleicht ist das Ganze ein großes Theater?

Man weis sagt uns täglich ein herrliches Volksgeschick,

man schwört uns, das Reich sei in richtigen Händen —

vielleicht ist das auch nur ein Stimmbandtrick,

und wenn es ein Trick ist — wie soll denn das enden?

Man sagt uns zwar heute, die Reichsmark sei gut fundiert,

doch muß denn das stimmen? Ist's etwa das Gleiche

und wurde sie auch schon im Mai operiert? Vielleicht ist die Reichsmark bereits eine

Läche?

Wer gibt mir den Glauben, das kindliche Herz zurück?

Und auch die Gehälter sind wieder gesunken — Ich fürchte, das ganze Spektakelstück hat von allem Beginn an barbarisch gestunken!

Schlafen Sie gut?

Der Richter Z. schlief nicht gut. War es ein Wunder? Wer verantwortet gern 125 Jahre Fehltritt gegen Marxdsten? Denn so viele Rechtsbrüche waren es mindestens, die er hatte verüben müssen. Wollte er milde sein, so sah er hinter sich immer die drohende Gewalt des totalen Staates. Zwei Kollegen waren schon geschwenkt worden, weil sie in einigen Fällen mildere Umstände zugebilligt hatten. Der eine handelt jetzt mit Schuhwische.

Die Opfer seiner Justizverbrechen plagten ihn nachts im Traum. Aber er war nicht allein. Dutzende seiner Kollegen schliefen auch schlecht. Weiß der Teufel, woher das die Illegalen wußten. Vom Dienstmädchen vielleicht, die ihm ab und zu Schlafmittel aus der Apotheke besorgen mußte. Immer wieder und immer wieder steckten kleine hektographierte Zettel im Briefkasten: »Deutscher Richter, schlafen Sie eigentlich gut?« Nach der Pfeife des Regimes würde die Vergeltung nahen. Sie war auf dem Marsch und niemand konnte sie aufhalten. Schlafen Sie eigentlich gut? Nein, zum Teufel, er schlief schlecht, denn er schlief überhaupt nicht.

»Sie müssen ausspannen, mein Lieber«, sagte sein Arzt, »anstrengender Beruf in diesen Zeiten. Ich kann's Ihnen nachfühlen...« Und am besten sei es, so weit fort, wie der Vorrat reiche. An Geld nämlich.

Wenn er's genau errechnete, wurde jedes Jahr Zuchthaus, das er verhängte, unter aller Kanone bezahlt. Bei dem Risiko, verdammt noch eins! Er überschlug den Barbestand — die Tochter wollte heiraten, der Sohn war durchs Referendarexamen gerasselt — kurz, wenn er den Vorrat streckte, reichte es bis zum südlichsten Punkt Dalmatiens!

Dubrovnik gilt als schöner Ort. Der Richter Z. gestand in den Briefen an seine Frau, daß es für das Geld kaum etwas Schöneres gab. Aber der richtige solide Schlaf wollte sich auch hier nicht einstellen. Schien doch die Stadt überreich an Erinnerungen — nicht nur aus dem Mittelalter der Türkenzeit, sondern auch aus dem des Dritten Reiches. Er strich, auf dem Haupte eine Butterblume, um die alten, meerumrandeten Stadtmauern, er schlenderte durch Piletor und Pločator, er lauschte dem Zusammenklang von Orient, Balkan und südlich-mondänem Badoce. Aber immer wieder blieb seine Phantasie an braunen Erinnerungen haften. Da war das Hotel, in dem Röhm, damals noch Stabschef des Führers, mit seinen Lustknaben gehaust hatte. Da zeigte man ihm den Parfümerieladen, in dem der Freund Hitlers beträchtliche Batzen für die Wohlgerüche seines Harems geopfert hatte. Jüdischer Inhaber von unzweifelhaft russischem Aussehen. »Bitte, das stört nicht!« sagte der Stabschef. Das war, wie gesagt, sein letzter Urlaub. Fünfzig Lippenstifte wurden bis auf schäbige Reste aufgebraucht.

Man zeigte dem Richter Z. die fürnehme Privatvilla, die den Reichsjägermeister als

Gast beherbergt hatte. Seine nervös zerputzte Brille richtete sich auf ein Mädchen in dalmatinisch-herzegowinischer Tracht. So sei die Frau Reichsjägermeister erst kürzlich hier umhergelaufen. Noch heute lachten die Eingeborenen bis in die Boka Kotorska über das Theater. In Schaufernstern waren Reste von Uniformen zu sehen, die nur von einem stammen konnten. Von wem? Von ihm natürlich.

Die Stadt troff von Erinnerungen an jegliches Mittelalter. Was an dunkler Vergangenheit zu sehen war, wurde für einen deutschen Richter überwuchert von dunkelbrauner Gegenwart. Sehr schwer, in solcher Umgebung, belastet von 125 Jahren Justizverbrechen, ruhig zu nächtigen. Nur ein Segen waltete über dieser Stadt, es gab keinen Zettel: »Deutscher Richter, schlafen Sie eigentlich gut?«

Kommen wir endlich zu dem stämmigen und maridgen Dr. phil. Lawendel. Er wäre in diesem Zusammenhang völlig gleichgültig, wenn nicht auch er relativ ruhelos in dieser Stadt gewandelt wäre, wie ja die Frage nach dem Schlaf jegliches Urlaubsgebein erheblich mehr beschäftigt, als der Außenstehende ahnt. Lawendels Reisekumpan, ein harmloser sechsköpfiger Familienvater, war in eine Pension vor den Toren übersiedelt. Auch des Schlafes wegen. An jenem Morgen, um den es sich hier handelt, bummelte Lawendel in spitzem arabischem Strohhut durch die Straße. Da kam da aus dem Barbierladen der sechsköpfige Reisefreund geschlendert? Kurz geschorenes Haar, gestutzter Bart, Hornbrille? Lawendel ging von hinten an ihn her-

Konzentrationslager und Erziehungszweck

Eine besondere Lagerordnung aus Dachau

Als vor wenigen Wochen die englische Frontkämpfer-Delegation das Konzentrationslager Dachau besuchte, wurden die wenigen, auf die verschiedenen Baracken verteilten Lagerordnungen eingesammelt. Es hätte vielleicht sonst nicht bei dem Major Fetherstone-Godley der Eindruck entstehen können, daß es ein »ausgezeichnetes Gedankenspiel« sei, »Gefangene lieber in dieser Art zu halten, als in ein Gefängnis zu sperren«. Es gibt bekanntlich eine Disziplinar- und Strafordnung für Schutzhaftgefangene, die, vom »Manchester Guardian« seinerzeit veröffentlicht, durch die gesamte Presse gegangen ist. Die vorliegende Lagerordnung ist die prinzipiellere, weil sie sich zum ersten Male mit Zweck und Ziel der Konzentrationslager befaßt. Sie will nicht die verschiedenen Strafen festsetzen, sondern lediglich die Disziplinarordnung grundsätzlich umreißen. Sie ist ein unersetzbares Dokument dafür, daß der Nationalsozialismus, wie Reichsminister Dr. Frank es auf dem 11. Internationalen Strafrechtungskongreß formulierte, nicht zum Ausbau einer Organisation des Strafvollzuges beitragen wolle, in der Kompromisse geschlossen würden, sondern Deutschland wolle Führer einer ganz neuen Rechtskultur sein.

Major Fetherstone-Godley dürfte nicht unbekannt geblieben sein, trotz seiner unvollkommenen Information in Dachau, daß die derzeit dort befindlichen 1600 Gefangenen ohne ein Gerichtsverfahren, lediglich auf Machtspruch der polizeilichen Administration, sich seit Jahren im Konzentrationslager befinden, um, wie es in der Zweckbestimmung heißt,

»darüber nachzudenken, warum er (der Gefangene) in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zugunsten einer Volksgemeinschaft auf nationaler Grundlage zu ändern oder, wenn es der einzelne für wertvoller hält, für die schmutzige Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.« (!)

Die Zivilkleidung und Effekten werden dem Gefangenen bei seiner Einlieferung abgenommen, allen Neuzuglingen werden die Kopfhaare, wie es ausdrücklich heißt, »radikal« geschoren.

»Ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tag an zu gewöhnen.«

Die SS-Männer ohne Rangunterschied sind die Vorgesetzten der Gefangenen, deren Befehlen »unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten« ist. Selbstverständlich sind die Gefangenen gezwungen, allen ihren Peinigern die militärischen Ehrenbezeichnungen zu erweisen. Spricht ein junger SS-Mann, der, wie der Volksmund sagt, noch »grün hinter den Ohren« ist, einen Gefangenen an, so muß dieser militärische Haltung annehmen. Genau wie beim Militär heißt es »Augen rechts!«, »Augen links!«, oder betritt ein solcher SS-Mann eine Gefangenenunterkunft, so brüllt man »Achtung!«, alles springt auf, die Gefangenen müssen Haltung annehmen, der Stubenälteste meldet die Belegstärke.

Die Lagerordnung deutet die Tyrannei an, unter der die politischen Schutzhaftgefangenen stehen. Selbst das Baden wird ihnen zur Hölle gemacht, ausdrücklich heißt es, »wer sich vor dem Baden drückt oder sich im übrigen nicht genügend sauber hält, wird unter Aufsicht von SS-Männern zum Reinigen geführt.« Das ist Drohung mit Mißhandlungen!

Zum Arbeiten sind alle verpflichtet. Krankenmeldungen werden auf ein Mindestmaß reduziert. Die Lagerordnung sagt, wer körperliche Gebrechen oder Krankheit vor sich schützt, »gilt als unverbesserlich«. Es ist in den Konzentrationslagern schon oft genug vorgekommen, daß der Arzt den sich krank Meldenden als Simulanten abgetan hat, so daß dieser unter schwersten Mißhandlungen weiterarbeiten mußte, um dann wenige Tage darauf elendiglich zu verenden.

Die Haft in den Konzentrationslagern wird in drei Stufen vollzogen. In der Stufe 3 — der schlechtesten — befinden sich:

a) leitende politische Persönlichkeiten und Intellektuelle, deren bisheriges oder früheres Wirken als besonders verderblich für Staat und Volk anerkannt wurde; b) Gefangene, die mit strengem Arrest oder Einzelhaft bestraft wurden; c) Gefangene der Abteilung »Strafarbeit«; d) kriminelle

Schutzhaftgefangene; e) Juden und andere Personen, welche sich als Volksschädlinge oder als gemeine politische Hetzer bemerkbar gemacht haben; f) ehemalige nationalsozialistische Führer, die das Vertrauen ihres obersten Führers in gewinnlichtiger Weise mißbraucht oder als Lump und Verräter sich gezeigt haben; g) Gefangene, die in ihren Briefen zu erkennen geben, daß sie sich absolut nicht umstellen wollen.

In die Haftstufen 1 und 2 kommen nur diejenigen Gefangenen, bei denen nach nationalsozialistischer Auffassung der Zweck der Schutzhaft wirklich erreicht ist. Es sind diejenigen, die nicht gegen die Lagerordnung verstoßen haben, keinen Arrest erhielten, stets arbeitswillig waren, die aber insbesondere ihre innere Einstellung zugunsten der »nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft« grundlegend geändert haben. Die, welche schriftlich erklären, »daß sie sich endlich von der staatszerfassenden Idee des Marxismus eines Karl Marx oder Lenin losgesagt«. Und ferner diejenigen, die die Namen ihrer früheren Funktionäre der Lagerverwaltung verraten. Die Erreichung der einzelnen Haftstufen ist ein kompliziertes System. Jeder Verweis, Verwarnung oder gar Arreststrafe verlängern den Aufenthalt im Lager, z. B. wird schon der Gefangene der Abteilung »Strafarbeit« zugeteilt, welcher sich »zimperlich« krank meldet. Wer vom Arzt für arbeitsfähig befunden wird, erhält Strafarbeit.

Ganz besondere Beachtung schenkt man selbstverständlich dem Zusammenhalt der Gefangenen. Zusammenrottungen in der Nähe der Lagermauer sind verboten. »Wird diese Verbot nicht beachtet, dann wird geschossen.« Verlassen des Lagers ohne Begleitposten bedeutet Fluchtverdacht.

Der Verkehr mit der Außenwelt ist außerordentlich beschränkt. Nur zweimal im Monat darf man seinen Angehörigen schreiben oder Briefe empfangen. Pakete mit Lebensmitteln, Tabakwaren sind verboten. Nur Wäschepakete dürfen aus dem Lager heraus-

gehen und wieder empfangen werden. Vieldeutig heißt es: »Ist diese besonders schmutzig (das heißt blutig), dann muß sie entsprechend vorgewaschen sein.«

Beim Alarm sind Fenster und Türen zu schließen. »Gefangene, welche diesen Befehlen nicht nachkommen oder während der Dauer des Alarms die Stuben verlassen, werden ohne weiteres beschossen.« Jeden Tag wird zum Appell angetreten. Strengste militärische Disziplin ist anbefohlen. Es gibt einen Beschwerdeweg, aber wer seine strengen Vorschriften nicht einhält, wird bestraft oder wer nach Auffassung der nationalsozialistischen Lagerleitung dieser Beschwerde »unwahre Tatsachen zugrundelegt«, wird zur Verantwortung gezogen.

Eine besondere Schikane scheint beim Haarschnitt zu herrschen. Alle vierzehn Tage müssen Kopf- und Barthaare nachgeschneitten werden. Kommt eine Gefangenenkompanie dieser Anordnung nicht restlos nach, so werden die Köpfe fortgesetzt kahl geschoren, wie es bei der Einweisung der Fall ist.

Der letzte Teil der Lagerordnung beschäftigt sich mit den Opponenten: Aufwiegler, Meuterer, Saboteure, Unverbesserliche, Gemeingefährliche, Fluchtverdächtige und Begünstiger. Abgesehen von der Kautschukartigkeit dieser Begriffe, heißt es in den sieben Paragraphen, daß jeder, der sich im Sinne dieser Charakteristik betätigt, als Aufwiegler, Meuterer etc. behandelt wird. Darunter kann nichts anderes verstanden werden, als daß hier gegen derartige Schutzhaftlinge mit der Waffe vorgegangen wird, obwohl das nicht ausdrücklich gesagt wird. Wie man schon versucht hat, durch Einweisung krimineller Elemente die Moral der Insassen zu untergraben und ihre Solidarität zu erschüttern, erklärt man ausdrücklich, daß Gefangene, die dem Kommandanten oder seinen Untergebenen Meldungen über irgendwelche Vorhaben von Kameraden machen, »bevorzugt« behandelt werden.

Dieses System richtet sich selbst. Hermann Walter.

geschlossen ist auch nicht, daß er inzwischen noch auf andere Weise die Wut der Hitlerkreaturen zu spüren bekommt.

»Hamsterpleite« und »Querpfeifer«

In Deutschland ist gegenwärtig an der Börse und in gewissen Branchen des Handels eine neue »Flucht in die Sachwerte« zu beobachten. Breite Schichten des Volkes trauen den sich immer wiederholenden Erklärungen der nationalsozialistischen Führer über die Stabilität der Währung nicht und wollen sich vor der Inflation rechtzeitig schützen. Schacht hat sich in seiner Rede gegen die Hamster gewendet. Da auch die Presse in ihren Kommentaren zur Rede Schachts sich noch einmal scharf gegen diese Teile des Volkes wendet, muß die »Hamster- und Sachwertpsychose« bereits weit um sich gegriffen haben. Die »Leipziger Tageszeitung« hielt folgende Abwehr für notwendig:

»Die verbürgte Sicherheit der Spar- und Kapitalanlagen in Schuldverschreibungen des Reiches nimmt auch der Sachwertpsychose, die Dr. Schacht andeutete, jede innere Berechtigung. Man sollte meinen, daß die »Hamsterpleite« von Textilien usw. im vergangenen Jahr, die uns einzig und allein eine unregelmäßige Beschäftigung in der Textilindustrie gebracht hat (und die damit notwendig gewordenen gesetzgeberischen Bestimmungen), Lehrmeister genug ist, um jeder unsinnigen weiteren Sachwertpsychose vorzubeugen. Prangert Dr. Schacht solche Quertreiber, die Gottseidank nur zum niedrigsten Prozentsatz vorhanden sind, an, so dürfte dies genügen, daß diese ewig nörgelnden Besserwisser nunmehr von der Bildfläche verschwinden.«

Gegen die »nörgelnden Besserwisser« wurde ja schon vor länger als einem Jahre eine große Schlacht geführt. Wie man sieht, mit dem Ergebnis, daß ihre Zahl nicht geringer, sondern größer geworden ist. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nationalsozialisten scheint freilich geradezu auch bestimmt zu sein, der »Sachwertpsychose« und den »Quertreibern« den Boden zu bereiten.

Konkurrenzneid um einen Toten

Daß Horst Wessel, der deutsche Nationalheld, den Beruf eines Zuhälters ausübte, hat den Glorienschein, der nachträglich um sein Haupt gelogen wurde, nicht trüben können. Jetzt hingegen droht ein Kampf, der den Helden leicht vom Piedestal stürzen könnte,

wenn damit nicht zu viel in der Legende investiertes Begeisterungskapital verloren ging.

Daß er ein Zuhälter war, hat man dem Wessel wie gesagt verziehen, daß er jedoch einem Studentenkorps angehörte, wollen die Borussenkiller rund um den nationalsozialistischen Studentenführer durchaus nicht wahr haben, weil hier die Toleranz aufhört. Desto mehr fühlen sich die Konkneipanten des Verbliebenen bewogen, den Heiligen für sich zu reklamieren. Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt, kurz nach der Auflösung der Saxo-Borussen und in einer Zeit, da alle nationalsozialistischen Studentenverbindungen in Presse und Rundfunk täglich verdonnert werden, an einer Eiche vor dem Gefallenendenkmal des Köseener SC eine Erinnerungstafel angebracht wurde, auf der zu lesen ist:

»Dem Andenken Horst Wessels — Normania-Berlin — Alemania-Wien. Die Köseener Korpostudenten.«

Darob große Entrüstung in den deutschen Amtsblättern. Die »Preussische Zeitung« z. B. flucht:

»Nicht als Korpostudent fiel Horst Wessel, sondern als Führer eines SA-Sturmes in den Arbeitervierteln Berlins. Im deutschen Volke aber wird jeder Versuch eines Verbandes oder einer Organisation, Horst Wessel für sich als eine Art Aushängeschild zu benutzen, nicht das geringste Verständnis finden.«

Wessels Studienfreunde könnten darauf mit der Retourkutsche antworten, daß nicht sie es waren, die aus Horst eine Reklamepuppe machten und daß sie seinen Namen mit mindestens demselben Recht bewehrten, wie etwa jene Kameradenmörder es tun, die Dutzende von Wessels braunen Mitkämpfern, am 30. Juni 1934 vom Leben zum Tode beförderten.

Wie auch immer: In dem Gezänk um das Gedenken des Nationalhelden offenbart sich die ganze Groteske neudeutscher »Einigkeit«. Ein Patriot gönnt dem andern seine Toten nicht, die Erinnerungstafeln, die der SA recht sind, dürfen den Studenten nicht billig sein, weil sonst das Volk an der Totalität irre werden könnte. Am Ende wird jeder nationale Verein sich seine eignen Märtyrer halten müssen, damit der Neid gestillt wird.

Todesopfer der Sterilisierung

125 tote Frauen.

In dem Zentralblatt für Gynäkologie gibt der berühmte Königsberger Universitätsprofessor Mikulicz-Radecki auf Grund von Erhebungen an, daß in 47 Kliniken von 6032 sterilisierten Frauen an den Folgen der Operation 25 starben. Es handelt sich dabei nur um ein Fünftel aller bisher an Frauen ausgeführten Sterilisierungen. Prof. Mikulicz-Radecki betont, daß es sich bei diesen Zahlen um »Spitzenleistungen« handelt, da diese Zahlen aus großen Kliniken stammen. Nicht berücksichtigt sind die Operationen in kleinen Krankenhäusern und Privatkliniken. Man darf also diese Zahlen nicht verallgemeinern, d. h. mit anderen Worten: Es sind bisher durch die Sterilisierungsoperationen mindestens 125 Frauen getötet worden!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Ks 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Ks 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Ks 2.— (Ks 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.